

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Ermäßigte Semesterkarte der öffentlichen Verkehrsbetriebe für in Graz gemeldete Studierende

GR. **Hohensinner** stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Der Verkehrsverbund Steiermark bietet Studierenden mit Anspruch auf Familienbeihilfe ein spezielles Semesterticket an.

Wie bei allen anderen Tarifen richtet sich der Preis nach den benützten Zonen.

Ein österreichweiter Vergleich zeigt auf, dass andere Landeshauptstädte ihren Studierenden, die den Hauptwohnsitz in der jeweiligen Stadt gemeldet haben, eine zusätzliche Ermäßigung gewähren.

Hier der Vergleich:

Wien: 100 Euro (für auswärtige Studierende), 50 Euro (mit Hauptwohnsitz)

Linz: 101 Euro (für auswärtige Studierende), 50 Euro (mit Hauptwohnsitz)

Graz: 99,90 Euro, das ist die Fünfmonatskarte, da gibt es ja eine Viermonats- und eine Sechsmonatskarte; dass man einen guten Schnitt hat für das Semester, habe ich die Fünfmonatskarte genommen, eben 99,90 und trotz Hauptwohnsitz auch 99,90 Euro.

Durch eine Ermäßigung für in Graz gemeldete Studierenden wäre einerseits eine Steigerung der Erlöse bzw. die verstärkte Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu erwarten. Andererseits wird die Stadt durch eine anwachsende Einwohnerzahl Mehreinnahmen über den Finanzausgleich erhalten. Demgegenüber steht die notwendige Subventionierung seitens der Stadt.

Daher stelle ich namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP und Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden beauftragt zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen eine Ermäßigung der Semesterkarte für in Graz gemeldete Studierende hat.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Danke, Frau Vizebürgermeisterin! Also ich weiß ja, nach diesen vier Stunden habe ich mir wieder gedacht, warum wir gemeinsam das nächste Mal via Klubvorsitzender und Klubobfrauen und Klubmänner darüber beraten sollten, wie man den Ablauf der Gemeinderatssitzung vielleicht stringenter, straffer und vielleicht zielgerichteter organisieren sollte, weil jetzt haben wir schon wieder über die gemeinsamen zu behandelnden Stücke im Nachlauf praktisch schon vorberaten. Wir diskutieren vier Stunden einerseits ausgelegte Leimruten, die wir gemeinsam begehen, frohgemut oder das was man nennt, wir wissen das aus eigener praktischer Erfahrung, ihr erlebt es jetzt neu in praktischer Form als Regierungspartei, wie man sich an Koalitionsebenen, Mühen abarbeitet gegenseitig, da wäre es vielleicht besser, wir konzentrieren uns dann wirklich dann auf die essentiellen Dinge der Grazerinnen und Grazer und deren Stücke und deren Beweggründe und deswegen sage ich (*Applaus SPÖ*), lieber Kurt, das ist ein vernünftiger, gescheiter und guter Vorschlag. Ich sage das auch deshalb, weil er ja eigentlich wie abgekupfert aussieht. Ich habe noch unsere eigene Presseaussendung vor mir, ermäßigte ÖV-Karte vom 8. Jänner. Wir brauchen nicht herumstreiten, wichtig ist, die Sache ist wichtig und notwendig. Vor allem, wenn es darum geht, dass man nicht nur den finanzstarken Haushalten das überlässt, sondern den Studierenden wirklich zugute kommen lässt und hier auch eine soziale Note ins Spiel bringt. Ich würde mir ja wünschen, das ist ja die Forderung, die unsere Studierenden aufgestellt haben und unsere Jugend auch, und da sind wir uns wahrscheinlich auch einig, ich würde mir ja wünschen, dass es nicht nur die Koppelung an die Familienbeihilfe gibt, sondern wirklich eine Ermäßigung für alle Studierenden. Weil, ich glaube, das ist einfach notwendig, jene, die nämlich sich sozusagen mittels Nebenjob mitfinanzieren oder zusatzfinanzieren müssen, sollten

nicht durch den Rost fallen. Das würde ich mir wünschen, deswegen unterstützen wir Dringlichkeit und Inhalt und endlich einmal zwischen ÖVP und Grüne kein Konfliktstoff.

Zwischenruf GRin. Binder: Es gibt vieles, wo es keinen Konflikt gibt.

GR. **Sippel:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, werte Kolleginnen und Kollegen! Endlich einmal auch ein studentisches Thema. Ich glaube, es tut Not in einer Studentenstadt wie Graz. Ich kann Sie beruhigen, wir werden diesen Antrag ebenfalls mittragen, denn ein Blick auf das durchschnittliche Einkommen eines Studierenden in Graz zeigt, dass da monatlich 800 bis 1.000 Euro im Schnitt zur Verfügung stehen. Gerade die Studierenden waren...

Zwischenruf GRin. Binder: Meine Kinder nicht.

GR. **Sippel:** ...im Schnitt, 800 bis 1000 Euro, stehen im Monat zur Verfügung und gerade die Studenten, war erst kürzlich im Grazer, glaube ich, vor zwei Wochen oder so nachzulesen und gerade die Studenten sind die, oder die Studierenden, um es korrekt auszudrücken, waren diejenigen, die in letzter Zeit die Teuerungen am meisten zu spüren bekommen, ich spreche hier von den Mietpreisen oder auch bei den Lebensmitteln und heute sind zwei Drittel aller Studierenden gezwungen, um sich ihr Studium finanzieren zu können, auch nebenbei arbeiten zu gehen. Eine Ermäßigung bei der Nutzung, so wie hier gefordert, in den öffentlichen Verkehrsmitteln ist aus unserer Sicht tatsächlich angebracht und auch dringend notwendig. Wir werden eben deswegen diesem dringlichen Antrag zustimmen, weil wir vorher von der Abkupferung kurz etwas gehört haben, also mir kommt das auch

vor, unsere freiheitlichen Studenten haben auch diese Forderung in ihrem Programm gehabt bereits seit Jahren, also da sind wir uns ja einmal alle einig. Aus unserer Sicht ist es aber erst ein erster Schritt einmal, an dessen Ende durchaus auch eine völlig kostenlose Nutzung der Studierenden für die Verkehrsmittel und zwar für in Graz gemeldete Studierende stehen könnte analog zur Schülerfreifahrt und zwar für die Fahrt vom Wohnort zum Studienort.

Zwischenruf StRin. Kahr: Für die Lehrlinge auch.

GR. **Sippel:** Für die Lehrlinge selbstverständlich auch. Auch das eingebrachte Argument der Finanzierung, nämlich über den Finanzausgleich mit den zusätzlich Gemeldeten, die deshalb zu erwarten sind, ist schlüssig, denn es besteht damit mit Sicherheit ein zusätzlicher Anreiz für Studierende, den Hauptwohnsitz nach Graz zu verlegen und damit eben diese geforderten Mehreinnahmen seitens der Stadt eben zu ermöglichen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Wenn meine Kollegin Christina Jahn da wäre, dann würde auch sie für sich reklamieren, dass die Grünen Studierenden Vertreter/Vertreterinnen auch längst schon in diese Richtung,... aber sie ist nicht da und deswegen haben wir weniger Väter und Mütter.

GR. **Schröck:** Ja, lieber Kurt, grundsätzlich begrüßen wir diesen Antrag auch, werden ihn selbstverständlich mittragen und auch mitstimmen. Ich wundere mich halt nur, dass dieser Antrag nicht schon längst von dir eingebracht wurde, schon vor Jahren, muss ich fast sagen, weil es wurde wirklich Zeit, dass für Studierende endlich etwas gemacht wird. Ich freue mich deswegen umso mehr, dass es ganz

offensichtlich einen guten Einfluss von den Grünen auf die ÖVP gibt, dass da ein bisschen eine Jugendlichkeit eingekehrt ist in der ÖVP,...

Zwischenruf GRin. Binder: Ja, das stimmt.

GR. **Schröck:** ...dass auch was für die Studenten gemacht wird. Das ist wahrscheinlich die von Lisa Rücker schon so oft zitierte Lernfähigkeit, die seit kurzem in der ÖVP umgeht. Bin schon sehr gespannt, wie weit diese Lernfähigkeit noch gehen wird, aber zum Antrag hätte ich mir trotzdem gewünscht, dass der ein wenig definitiver und klarer formuliert wäre, dass der politische Wille, nur dass der politische Wille zur Durchsetzung klar erkennbar wäre und es nicht so zu einem, ich weiß schon, es ist medial wieder gut verkaufbar und das schätzt du ja auch sehr, aber es ist ein laufwarmer Prüfantrag gekommen, der das Instrument eines dringlichen Antrages eigentlich ein wenig entwertet. Aber trotzdem wird meine Fraktion für diesen Antrag stimmen, aber genau beobachten, ob es tatsächlich zu einer Durchsetzung kommen wird oder ob es eben bei diesem billigen Prüfantrag bleiben wird. Danke.

GRin. **Bergmann:** Lieber Kurt, wir werden auch deinen Antrag unterstützten in der Dringlichkeit und im Inhalt, aber mein Vorredner hat mir das fast vorweggenommen, also ich würde mir auch wünschen, erstens einmal, wenn ein bestimmtes Datum drinnen steht, bis wann diese Prüfung durchgeführt werden soll und wir haben in diesem Gemeinderat schon sehr viele gute einstimmige, dringliche Anträge beschlossen, die aber irgendwo in Schubladen letztendlich versandet sind. Jedenfalls würde ich mir wünschen, dass dann auch, also wenn die finanziellen Auswirkungen feststehen, auch die budgetäre Vorsorge getroffen wird und das dann auch tatsächlich umgesetzt würde. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Das Thema Tarife wird uns ja heute noch einmal beschäftigen und das Thema Tarife beschäftigt mich auch schon. Also wir werden in der nächsten Zeit dazu noch Weiteres hören.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Parkgebührenbefreiung für mobile Dienste

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Die demografische Entwicklung und der dadurch bedingte Wandel unserer Gesellschaft, besonders der starke Anstieg im Bereich der Hochaltrigkeit und die Abnahme des familialen Pflegepotenzials erfordern einen vermehrten Bedarf an mobilen Dienstleistungen. Fachlich anerkannt und daher von allen politischen Parteien mitgetragen ist die sozialpolitisch-strategische Prämisse „ambulant vor stationär“.

In diesem Zusammenhang sind Dienstleistungen zu sehen, die hilfebedürftigen Menschen in schwierigen Lebenslagen den Verbleib in ihrem gewohnten Umfeld ermöglichen. Dies ist einerseits für die KlientInnen von Vorteil, weil es mit mehr Lebensqualität und Lebensgefühl verbunden ist und andererseits hat es auch Vorteile für die öffentliche Hand, weil es kostengünstiger ist, weil die vollstationäre Unterbringungen solange wie möglich hinausgezögert werden kann beziehungsweise gänzlich verhindert wird. Diese dazu erforderliche adäquate Umsetzung in den eigenen vier Wänden wird durch das mobile Betreuungsangebot

sichergestellt, das ist die Hauskrankenpflege, die Pflegehilfe, Heimhilfe und palliative Betreuung.

In Graz werden derzeit rund 1.450 bis 1.500 Menschen durch mobile Dienst betreut und es ist der zuständigen Stadträtin Elke Edlinger ein Anliegen, sich für den Ausbau der mobilen Versorgung und für die erforderlichen Rahmenbedingungen einzusetzen, um sowohl den Wünschen der Betroffenen wie auch den Intentionen der öffentlichen Hand entgegenzukommen.

Nun gibt es ein weiteres Segment im Sinne der Leistungsangebote im häuslichen Umfeld, die eine entsprechende Unterstützung der Grazerinnen und Grazer sicherstellt und zwar im Bereich der psychosozialen, gerontopsychiatrischen Dienste. Diese Tätigkeit beinhaltet Unterstützung und Hilfestellung bei psychischen Erkrankungen, das Vermeiden und Erkennen von Krisen und die Beratung und Begleitung bei sozialen Problemstellungen.

Hier gibt es ein wesentliches Element und das ist die aufsuchende Arbeit, da diese Menschen häufig nicht in der Lage sind, an Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen teilzunehmen beziehungsweise diese in Anspruch zu nehmen. Deshalb gilt es hier, sie im gewohnten Umfeld zu begleiten und zu betreuen.

Auch im RSG wurde am 28. April 2008 dies als notwendige, erforderliche Maßnahme erkannt und es wurde ein abgestuftes psychiatrisches und psychosoziales Versorgungskonzept für die Steiermark beschlossen.

Nun ist es so, dass das Parkgebührenreferat in Anwendung der Parkgebührenverordnung für die mobilen Dienste, sprich Hauskrankenpflege, Pflegehilfe, Heimhilfe und für die mobile palliative Betreuung bereits eine Parkgebührenbefreiung zuerkannt hat.

Der Antrag der Gesellschaft zur Förderung seelischer Gesundheit, Psychosoziales Zentrum Graz-Ost, vom 28.11.2007 auf Befreiung von der Entrichtung der Parkgebühren für die ambulante Betreuung im gerontopsychiatrischen und psychosozialen Bereich wurde jedoch abgelehnt mit der Begründung, dass zur Erfüllung dieser Dienstleistung kein Vertrag mit der Stadt Graz bestehe.

Dazu festzustellen ist, dass im Sinne des SHG § 16 und § 20 Abs. 2 die Stadt soziale Dienste zu gewährleisten hat und das Land für diese Dienstleistungen im gegenständlichen Bereich im Wege der Subventionierung finanziell aufkommt.

Weitere Beispiele für diese Problematik sind auch bei anderen mobilen Diensten gegeben, wie zum Beispiel bei der mobilen Frühförderung nach dem Steiermärkischen Behindertengesetz oder bei den Hebammen im mobilen Bereich.

Es steht außer Streit, dass die ambulante Betreuung der Grazerinnen und Grazer ein wichtiges und wesentliches Leistungsangebot in einer abgestuften Versorgungskette darstellt und hier nicht mit zweierlei Maß gemessen werden darf.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der SPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle prüfen:

Um die sozialpolitische Vorgabe „ambulant vor stationär“ zu fördern, ist für alle berechtigten mobilen Dienste, die dieser Zielsetzung entsprechen, eine Novellierung der Grazer Parkgebührenverordnung im Sinne einer Ausnahmegenehmigung, Parkgebührenbefreiung durchzuführen (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Danke, Frau Gemeinderätin. Ich möchte als zuständige Ressortverantwortliche ein paar Anmerkungen zu diesem Antrag machen. Aktuelle Bestimmung und Grundlage für die aktuellen Befreiungen, die Sie auch kurz zitiert haben, sind einerseits die Grazer Parkgebührenverordnung vom Jahre 2006 die eine Befreiungsbestimmung für Fahrzeuge beinhaltet, die von Personen im ambulanten Pflegedienst im Auftrag der Stadt bei einer Fahrt zur Hauskrankenpflege, Heim- und Altenhilfe selbst gelenkt werden. Ich zitiere es bewusst deshalb, weil hier steht „im Auftrag der Stadt“. Es ist nämlich der Versuch gewesen, eine Eingrenzung darzustellen, dass man irgendwo auch die Abgrenzung vornehmen kann, weil ich sehr wohl mit dem Text des dringlichen Antrages, nämlich mit dem Teil ein Problem habe, wo steht, ist für alle berechtigten mobilen Dienste, die dieser Zielsetzung entsprechen, da ist mir nicht ganz klar, welcher Zielsetzung und wo dann damit auch

wieder die Abgrenzung erfolgt, denn wie wir jetzt gesehen haben, alleine die Anträge, die jetzt durchgegangen sind, betreffen fast alle Ausnahmen von Parkgebühren oder sonstigen Gebühren in diesem Bereich. Wo wird die Grenze gesetzt, das heißt, das ist mir im Antrag zu wenig konkret formuliert, das möchte ich einfach zurückgeben, da hätte ich gerne gewusst, was bedeutet das für alle Berechtigten, die dieser Zielsetzung entsprechen und was ist die Zielsetzung dahinter? Eine zweite Grundlage im Finanzausgleich zu Ausnahmegenehmigungen und Befreiungsbestimmungen beruft sich auf folgende Fahrzeuge in der Stadt, ausgenommen sind Einsatzfahrzeuge, Fahrzeuge im öffentlichen Dienst, Fahrzeuge des Straßendienstes, der Müllabfuhr, Fahrzeuge, die von Ärzten bei einer Fahrt zur Leistung ärztlicher Hilfe gelenkt werden, dann wieder Fahrzeuge, die von Personen im diplomierten ambulanten Pflegedienst absolviert werden und Fahrzeuge, die von dauernd stark gehbehinderten Personen abgestellt oder die von solchen Personen befördert werden. Die Abgrenzung, wie gesagt, ist etwas schwierig, aber es gibt auch einen Zusatzantrag, ich sehe den Ansatz auch bei den Trägervereinen im Bereich der Mobilitätsformen und Mobilitätsberatung beziehungsweise auch Mobilitätsangebote, die das Umsteigen, vielleicht ist es manchmal nicht notwendig, jede Fahrt mit dem Auto zu machen, also hier ansetzt, deswegen bitte ich, den Zusatzantrag jetzt einzubringen und dann...

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Geht nicht? Also, zuerst wird die Dringlichkeit diskutiert und dann geht...

GRin. **Potzinger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Damen und Herren! Das Grundanliegen ambulant vor stationär ist auch der Österreichischen Volkspartei, dem Grazer Gemeinderatsclub unserer Fraktion

schon seit langem ein großes Anliegen. Wir haben uns schon in der vergangenen Gemeinderatsperiode massiv eingesetzt, dass es auch für Hebammen Verbesserungen gibt. Es ist in manchen Fällen sinnvoll, ein öffentliches Verkehrsmittel zu nützen, aber nicht überall möglich, wenn man weiß, was Hebammen zu transportieren haben, dann sind die auf das Auto angewiesen. Für uns ist deshalb die Dringlichkeit gegeben und wir werden zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann:** Der Dringlichkeit des Antrages werden wir auf alle Fälle zustimmen und auch dem Antrag selbst.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Hagenauer** zum Antrag: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Grünen stellen einen Zusatzantrag, der in die Richtung geht, dass in Zeiten wie diesen wir uns nicht darauf beschränken sollten, die Mobilität mit dem Kfz, mit dem Auto zu fördern, was mit dem eben beschlossenen beziehungsweise mit Dringlichkeit versehenen Antrag ja der Fall ist. Wir wollen also diesen Antrag ergänzen und zwar in die Richtung einer zeitgemäßen und auf die Zukunft orientierten Verkehrspolitik, das heißt, wir sollten nicht nur, obwohl das, wie gesagt, sinnvoll ist, die Mobilität zu fördern im konkreten Fall, indem man eben von Parkgebühren befreit sollte, man auch daran denken eben, jene Personen oder jene Wege, die sich in dem Zusammenhang ergeben könnten, zu fördern, die also ohne Auto zurückgelegt werden, insbesondere eben mit dem öffentlichen Verkehr. Ich darf ganz kurz, auch wenn es sich hier nur ein kleines Segment handelt, Ihnen kurz in Erinnerung rufen, dass nach einer Untersuchung des VCÖ die nicht gedeckten Kosten des privaten Autoverkehrs 24 Milliarden Euro ausmachen. Also wir fördern, ohne zu wollen, den Autoverkehr in einer Größenordnung, die zirka 13 % des Bruttoinlandsproduktes in Österreich ausmacht. Und der größte Posten interessanterweise, nach dieser VCÖ-Studie, ist mit 7,5 Milliarden Euro jährlich sind alleine jene Kosten, also die dadurch

entstehen, dass öffentlicher Straßenraum, also Straßenwege und Plätze, unter ihrem tatsächlichen Wert für den Autoverkehr bereitgestellt werden. Wir haben in einer Stadt, gerade wie in Graz, bekanntlich nicht unbeschränkt Platz, wir verhalten uns aber so, als ob dem so wäre und fördern genau die Beanspruchung unserer Straßen auch noch und mit der Folge, die uns ja bekannt ist, Staus, Umweltkosten und eben diese Kosten, die dadurch entstehen und die gewaltig sind, machen eben im Jahr 7,5 Milliarden Euro aus. War wie gesagt ein Exkurs ins Grundsätzliche anhand eines kleinen Beispiels, aber trotzdem aus unserer Sicht eben angebracht und notwendig auch, um zu zeigen, in welche Richtung wir zukünftig jedes Mal gehen müssen und grundsätzlich gehen müssen, wenn es um Verkehrspolitik geht. Und jetzt komme ich zu meinem angekündigten Zusatzantrag betreffend Parkgebührenbefreiung für mobile Dienste. Der Gemeinderat beauftragt die Finanz- und Vermögensdirektion zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen die Förderung von GVB-Jahreskarten für Beschäftigte der mobilen Dienste beziehungsweise aller ambulanten Betreuungseinrichtungen in Graz hat, um den Beschäftigten das Angebot zu machen, auf umweltfreundlichere öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, sofern ihnen dies im Rahmen ihrer Tätigkeit möglich ist. Bitte um Annahme.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich muss jetzt geschäftsordnungsgemäß zuerst den Antrag zur Abstimmung bringen, das heißt, gibt es noch Wortmeldungen zum Ursprungsantrag und dann kann man den Zusatzantrag diskutieren, wenn wir abgestimmt haben.

GR. Mag. **Kowald**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Damen und Herren aller Nationen, aller Fraktionen, sagen wir so. Eine diesbezügliche Parkgebührenbefreiung kommt nicht Menschen mit Behinderungen zugute. Es hat nämlich am Anfang so ein bisschen den Anschein gehabt, schauen wir, dass wir den Antrag stellen, werden sich einige gedacht haben, weil das kommt vielleicht Menschen mit Behinderungen zugute. Dem ist nicht so. Ich bin selbst Nutznießer eines mobilen Dienstes, nämlich der sogenannten Freizeitassistenz, genau in der Anlage 3 der LEVO, aber das möchte ich an dieser Stelle gar nicht ausführen und die mobilen Dienste sind sehr, sehr wichtig, Gott sei Dank haben wir diese mobilen

Dienste durch das Landesbehindertengesetz und durch einige Verordnung dazu geschaffen, Gott sei Dank. Ich war federführend dabei und wir haben lange darum gestritten, aber die sind durchgegangen. Es ist auch so, dass mobilitätseingeschränkte Personen, die einen Führerschein besitzen, einen sogenannten §-2-b-StVO-Ausweis haben, das ist auch gut und recht so. Das sind die Menschen, die wirklich auf den Pkw angewiesen sind und mitunter den Pkw behinderungsbedingt brauchen, die haben eine Parkgebührenbefreiung und können gesondert parken. Aber bei diesem Antrag ist es so, dass wir eine Berufsgruppe dadurch unterstützen würden, die ohnedies Geld verdient und ich kenne die Einkommen und die Ausbildungsvoraussetzungen dieser Assistentinnen und Assistenten sehr, sehr gut. Ich möchte seitens unserer ÖVP nur bekanntgeben, dass wir diesen Zusatzantrag voll und ganz unterstützen, weil er nicht Menschen mit Behinderungen zugute kommt und weil wir dadurch nur den Individualverkehr fördern und ich bin selbst Grazer, überzeugter Grazer und ich weiß, dass Graz die einzige Landeshauptstadt ist in Österreich, wo man so gut wie überall mit dem öffentlichen Verkehr hinkommt (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann:** Ich hätte noch eine Frage, was der Begriff der mobilen Dienste angeht. Ich bin jetzt hinten gesessen und habe nachgedacht, was vor allem mir, bin Sozialarbeiter, so soziale Dienste ein, die mobile Dienste sind, so wie Sie sie beschrieben haben, reinfallen könnten und der Kollege Kowald hat das jetzt schön beschrieben, auch mit der Assistenz. Assistenzleistung, Freizeitassistenz, Leistungen im Behindertenbereich, aber ich zähle nur die Jugendwohlfahrt, ambulante Dienste, die es gibt, fallen auch diesen Antrag auch die Erziehungshelfer, Erziehungshelferinnen rein? Betreutes Wohnen für Jugendliche und für psychisch Kranke? Sozialbetreuungen im Rahmen der Jugendwohlfahrt, Streetwork, die auch von einem Ort zum anderen fahren, Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Wohnplattform, die psychisch kranke Personen betreuen, Privatpersonen, die Menschen betreuen, Kinderbetreuungspersonen, die Familienbetreuung? Ich wollte wissen, was ist da alles gemeint unter diesen mobilen sozialen Diensten, damit ich guten Gewissens dem Antrag und auch dem Zusatzantrag, den ich selbstverständlich stark unterstütze, zustimmen kann. Ein Hinweis, die steirische Wohnplattform hält die Kollegen/Kolleginnen an, mit dem Fahrrad diese Betreuungen zu machen, Neustart

Graz, die Bewährungshilfetätigkeit von über 500 straffälligen Menschen da hat, stellt GVB-Jahreskarten zur Verfügung. Ich stelle das nur zur Diskussion (*Applaus Grüne*).

GRin. **Haas-Wippel**: Mobile Dienste sind ganz klar definiert, ist im RSG festgelegt, das ist der regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark, was drunter zu verstehen ist, ich habe es kurz ausgeführt, das sind mobile Dienste Hauskrankenpflege, Pflegehilfe, Heimhilfe, palliative Versorgung und die psychosozialen beziehungsweise gerontopsychiatrischen Dienste. Das ist rein bezogen auf mobile Dienste. Dass es natürlich Dienste gibt in der Jugendwohlfahrt, das ist extra, aber wir haben das extra auch in unserem Antrag so definiert, nach dem RSG was mobile Dienste sind und zusätzlich Hebammen und mobile Frühförderungen, deshalb haben wir die beiden Dinge extra noch genannt. Also Hebammen und das Argument, es kommt nicht den Behinderten oder den Menschen mit Behinderungen zugute, das mag teilweise vielleicht richtig sein, aber dem halte ich entgegen, speziell im psychosozialen Bereich, wenn ich eine Krisenintervention setze und ich einen Parkschein ausfülle, weiß ich nicht, brauche ich heute zehn Minuten oder brauche ich eine halbe Stunde und wie das bei den Hebammen ist, das brauche ich eh nicht ausführen, weil man kann sicher nicht im Vorhinein sagen, wie lange eine Geburt benötigt beziehungsweise wie lange eine Hausgeburt braucht. Deshalb ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag, weil hier geht es um jeden Tag und es geht darum, dass wir, wir sind für die Rahmenbedingungen verantwortlich, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die es diesen Menschen, die Hilfe bedürfen im Sinne des RSG, dass wir ihnen diese Hilfe ermöglichen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Bergmann** zum Zusatzantrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Zusatzantrag, also dem Antrag haben wir zugestimmt, aber beim Zusatzantrag da sehen wir keine Möglichkeit, weil wenn man heute weiß zum Beispiel, die

Hebammen, wie es auch schon die Frau Gemeinderätin Haas-Wippel gesagt hat, ist es fast unmöglich mit dem öffentlichen Verkehr punktgenau immer hinzukommen. Also mir scheint dieser Antrag einfach in diese Richtung zu gehen, dass man den ursprünglichen Antrag mit diesem Zusatzantrag eigentlich wieder zu Fall bringen kann. Mich freut es, was den Antrag...

Zwischenruf GRin. Binder: Der ist ja schon beschlossen.

GRin. **Bergmann:** Das heißt ja noch lange nicht, dass es wirklich dann Gültigkeit hat und das dann auch wirklich umgesetzt wird. Mich freut es nur, dass die Hebammen bei dem Antrag mithineingenommen wurden auf unsere Anregung, weil wir diese Problematik schon im Jahr 2006 in Form von Anträgen aufgerollt haben und damals hat sich schon diese Problematik herausgestellt, wie wichtig dieser Antrag eigentlich ist. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher:** Dem Antrag haben wir zugestimmt, wir Freiheitliche vom Klub her, den Zusatzantrag dem stimmen wir nicht zu und ich muss ehrlich sagen, ich war vom Kollegen Baumann überrascht, dass er eigentlich unter dem Begriff mobile Dienste nichts versteht oder keine Ahnung hat, was im RSG drinnen steht. Also ist Schulungsbedarf zumindest, aber dazulernen kann ein jeder und das muss jeder täglich. Betreffend den Zusatzantrag vom Inhalt her so ist es natürlich so, dass die Wahl des Verkehrsmittels öffentlicher Verkehr oder Individualverkehr eine Frage ist, aber sicher nicht die einzige Frage, die bei einer betriebsökonomisch sinnvollen Führung auch von mobilen Diensten mehr oder minder zu betrachten ist. Weil da geht es auch um die Zeitdimension, die kann im einen Fall für den öffentlichen Verkehr sprechen, im anderen Fall aber auch maßgeblich dagegen und dann geht es natürlich auch um die Transportkapazitäten, welche Koffer etc. muss man alles mitnehmen. Wer schon einmal eine mobile Hauskrankenpflege betreut hat, mit den

ganzen Utensilien, die einfach die Pflegedurchführung, für die Pflegemaßnahmen, notwendig sind, der weiß, dass es wohl mit öffentlichem Verkehr, also sprich mit Straßenbahn oder Autobus, nicht funktionieren wird. Aus diesen rein sachlichen Gründen stimmen wir diesem Zusatzantrag nicht zu. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich kenne einige diplomierte Krankenschwestern, die im mobilen Dienst mit dem Fahrrad unterwegs sind und das funktioniert. Also es ist nicht völlig ausgeschlossen. Aber natürlich in dem Zusatzantrag wurde ja auch formuliert, wenn das im Rahmen ihrer Tätigkeit möglich ist und damit ist die Möglichkeit gegeben, das genau in diese Richtung zu überprüfen, aber nur zur Konkretisierung. Gibt es noch zum Zusatzantrag eine Anmerkung von jemandem? Dann bringe ich den Zusatzantrag der Grünen zur Abstimmung, der natürlich als Zusatz zum schon beschlossenen Antrag gilt.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Gestaltungsbeirat

GRin. **Krampl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Krampl**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine Damen und Herren! Herr Gemeinderat Schröck hat vor einer Stunde ungefähr vom guten Einfluss der Grünen auf die ÖVP gesprochen, also ich möchte auch jetzt meiner diesbezüglichen Hoffnung Ausdruck verleihen. Es geht in meinem dringlichen Antrag um den Gestaltungsbeirat. Schon seit vielen Jahren wird auch bei uns darüber diskutiert, wie wir in Graz ein möglichst hohes Ausmaß an städtebaulicher und vor allem architektonischer Qualität sichern können und mit welchen Instrumenten dies am ehesten erreicht werden kann.

Vor fast genau drei Jahren, am 21. Juni 2005, fand im Großen Minoritensaal dazu eine von der Stadt Graz veranstaltete Baukultur-Enquete statt, die das Thema Gestaltungsbeirat zum Inhalt hatte und bei der sich alle Anwesenden davon überzeugen konnten, dass es in Städten, in denen Gestaltungsbeiräte im Amt sind, sehr gute Erfahrungen damit gibt. Ein solches Gremium setzt sich in der Regel aus einer Anzahl nicht ortsansässiger Experten aus dem Bereich der Architektur und Stadtplanung zusammen, beurteilt Bauvorhaben bereits in einem frühen Entwicklungsstadium nach ihrer gestalterischen Qualität und kann Projekte im Zweifelsfall auch zurückweisen. Beiräte dieser Art wurden bereits in Salzburg, Linz, Krems und Feldkirch, aber auch in einigen deutschen Städten erfolgreich installiert.

Damals, im Jahr 2005, gab es große Hoffnungen - unter den Architekten und Architektinnen, aber auch unter großen Teilen der Politik - dass es auch in Graz endlich zu einem Umdenken kommt. Mit einem Baudirektor, der schon im Jahr 2005 bei dieser Enquete, Zitat: „davon überzeugt war, dass nur ein Fachbeirat eine architektonische Qualität auf hohem Niveau zu sichern vermag und damit städtebauliche und architektonische Fehlentwicklungen weitgehend zu verhindern wären“.

Dabei sollte der Gestaltungsbeirat nicht, wie von einigen befürchtet und immer als Schreckensgespenst an die Wand gemalt, als behindernde Instanz wirken, sondern bereits zu einem möglichst frühen Zeitpunkt eingesetzt, ein Hilfsmittel in der Entwicklung von Bauprozessen darstellen und dynamische Prozesse bei der Arbeit für die Qualitätssicherung und Förderung der Baukultur in Gang setzen. So weit damals Baudirektor Werle.

Leider ist es ihm nicht gelungen, den damals zuständigen Stadtrat Rüscher von der Sinnhaftigkeit einer derartigen Einrichtung zu überzeugen – vielleicht auch, weil dieser die Veranstaltung allzu früh verlassen musste und keine Gelegenheit mehr hatte, die Ausführungen über die Gestaltungsbeiräte in Salzburg und Linz zu verfolgen. Damit entging ihm unter anderem die wesentliche Erkenntnis, dass es beispielsweise in Salzburg mit der Einrichtung eines Beirates zu einer Halbierung der Planungs- und Genehmigungszeit bei Bauverfahren gekommen ist – laut Bericht des Salzburger Stadtrates Johann Padutsch. Und es ist ihm auch die Erkenntnis verborgen geblieben, dass mit Architektenwettbewerben die Qualität von Baukultur

nicht allgemein abgesichert werden kann. Wobei dies nicht an den Ergebnissen der Wettbewerbe liegt, sondern daran, dass Bauträger und private Investoren nicht zur Ausschreibung von Architektenwettbewerben verpflichtet werden können. Fachbeiräte und Wettbewerbsverfahren sind also nicht gegeneinander austauschbar, sondern nur in Verbindung eingesetzt, qualitätssichernde Instrumente zur Förderung der Baukultur.

Bei dieser Enquete 2005 wurden auch weiterführende Gespräche für den Sommer, eben für den Sommer 2005 angekündigt, diese wurden dann abgesagt. Und auch die Ankündigung, dass sich der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung gemeinsam mit dem Kulturausschuss mit dem Thema befassen werde, blieb ein leeres Versprechen. Geschehen ist nichts, obwohl bereits Geld für einen einjährigen Probelauf des Beirates vorgesehen war.

Mit einem Satz: In Sachen Gestaltungsbeirat bitten wir bei Herrn Stadtrat Rüschi auf Granit – und es wurde eine Art Gegenposition zu dem ungeliebten Gestaltungsbeirat erarbeitet: das Grazer Modell, im Zuge dessen, wer dies möchte, darf im Zuge dessen auch einen Architektenwettbewerb veranstalten. Die Wirtschaftskammer war damit zufrieden, der Stadtrat natürlich auch – und es blieb alles, wie es war. Zitat des ehemaligen Grünen GR Hermann Candussi: „Stell dir vor, wir haben einen Gestaltungsbeirat und keiner merkt es.“ Das war im Zusammenhang mit dem Projekt Styria oder auch anderen, die dir, Sigi Binder, sicher auch noch gut bekannt sind.

Oder, ein jüngeres Beispiel für den misslichen Un-Zustand eine Aussage von Vizebürgermeisterin Lisa Rücker im Zusammenhang mit dem Shoppingcenter Nord und der ebenfalls misslichen Rampe: Sie fragt: „Gab es keine gestalterischen Anforderungen? Ein Gestaltungsbeirat hätte dem Bau in dieser Form sicherlich nicht zugestimmt.“

Und daher jetzt ein neuerlicher Anlauf – vielleicht ist die Zeit endlich reif: Im Vorfeld des „projektes_A“, das Graz zur Architekturhauptstadt machen soll, mit Unterstützung einer grünen Fraktion, die in der Vergangenheit immer zu den vehementesten Verfechterinnen eines Gestaltungsbeirates gehörte; mit einer neuen, für diesen Bereich zuständigen Stadträtin Eva-Maria Fluch, die sich auch eine Verfahrensbeschleunigung zum Ziel gesetzt hat und mit einem Stadtrat Rüschi in

neuer Funktion, und damit vielleicht offener für neue Ideen. Auch wenn – wie schon im letzten Gemeinderat erwähnt – das Thema Gestaltungsbeirat im Koalitionsvertrag scheinbar vergessen wurde, glaube ich dennoch, dass nunmehr der politische Wille zur Umsetzung da ist und ich stelle daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

die Baudirektion möge – unter Einbeziehung der dazu bereits existierenden Studie – das Konzept für einen derartigen Gestaltungsbeirat entwickeln; dem Gemeinderat ist bis spätestens September 2008 ein entsprechender Bericht zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Grundsätzlich ist ein Gestaltungsbeirat zu begrüßen, die Freiheitlichen können dem was abgewinnen. Vor allem, wenn er wirklich die Planung und die Genehmigungszeit bei den Bauvorhaben beschleunigen kann. Ein Punkt persönlich ist mir im Motivenbericht noch aufgestoßen, da heißt es, ein solches Gremium soll sich aus nicht ortsansässigen Experten zusammensetzen, hat einerseits schon was für sich, weil die unabhängig sind, ich würde mir aber wünschen, dass da auch ein paar ortsansässige Architekten und Bauplaner im Gremium drinnen sind, weil die halt auch ein Gespür für die Stadt haben und sich da eher einfühlen für unsere Bedürfnisse. Ein zweiter Punkt aus freiheitlicher Sicht, wahrscheinlich auch begrüßenswert, ein solcher Beirat wird wahrscheinlich einer Moschee keine Zustimmung geben, Moscheebauten passen nicht ins Stadtbild...

Zwischenruf GRin. Binder: Irrtum.

Ing. **Lohr**: ...nein, meine grüne Klubobfrau Binder, eine Moschee passt nicht in das Grazer Stadtbild und da haben wir wieder eine Chance, dass Sie von den Experten gesagt bekommen, dass ein Moschee hier sicher nichts verloren hat. Noch ein Wort zu den Beiräten allgemein, ich warne auch davor, dass wir eine zu hohe Anzahl an Beiräten uns vor die Stadt setzen, weil das Kosten verursacht und da sollten wir eben auch prüfen, welche Kosten da entstehen und erst dann werden wir dem wirklichen Beirat zustimmen, aber jetzt einmal dem Konzept und der Entwicklung eines solchen Beirates einmal unsere Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

StRin. Mag.a **Fluch**: Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Dagmar Krampfl! Wir haben heute schon ein bisschen von psychologischen Elementen gehört. Ein solches spielt sicher mit, wenn ich sage, dass ich mich natürlich an die letzte Gemeinderatssitzung besonders gut erinnern kann, sie war die erste Sitzung, in der ich sozusagen in neuer Funktion mit dabei war, eben als Stadträtin, die auch für Stadtentwicklung, Stadtplanung zuständig ist und ich habe deswegen in bester Erinnerung, dass wir das letzte Mal das Thema Gestaltungsbeirat schon einem am Tablett hatten, weil du, liebe Dagmar, im Zusammenhang mit dem projekt_A, das ja auch auf dieses Thema eingeht, gemeint hast, du siehst jetzt sozusagen einen Hoffnungsschimmer, dass es in Richtung Gestaltungsbeirat geht. Dieser Hoffnungsschimmer konkretisiert sich sozusagen darin, dass wir gesagt haben, wir führen ein Gespräch, leider schaffen wir das erst nächste Woche, wir haben es vorher terminlich nicht geschafft, aber dieser Hoffnungsschimmer ist ein bisschen verfrüht, wenn du meinst, dass wir sozusagen heute mit dem dringlichen Antrag gleich in Richtung Gestaltungsbeirat gehen. Denn ich wiederhole mich hier schon wieder, ich wiederhole mich gegenüber dem letzten Mal, wo ich gesagt habe, Gestaltungsbeirat ist ein Thema, das uns sicher beschäftigen wird. Ich wiederhole mich ein zweites Mal, weil ich dem Herrn Klubobmann Herper das letzte Mal etwas leise ins Ohr geflüstert habe, wo ich gesagt habe, ich schätze das eigentlich sehr, dass unser Koalitionspapier so genau gelesen wird.

Zwischenruf GR. Herper: Das ist unser Gebetsbuch.

Mag.a **Fluch**: Und dass man es insofern als Gebetsbuch nimmt, als die SPÖ, und das freut uns ja in Teilen durchaus, Teile aus unserem Koalitionsabkommen dann wieder in dringliche Anträge verpackt und uns sozusagen wieder als Aufgabe mitgibt, manchmal ein bisschen konkreter, als wir es im Koalitionsabkommen drinnen haben, aber ich sage schon, unser Koalitionsabkommen ist ein sehr ehrgeiziges Programm, das wir sicher mit viel Tempo und mit Qualität verwirklichen werden. Wir wissen, und dazu stehe ich und dazu stehen wir, dass Baukultur in dieser Stadt, die eine Stadt der Architektur ist, ein wichtiges Element ist, ich weiß allerdings auch, wie die vergangenen Jahre zu neuen Instrumenten geführt haben, die noch nicht sonderlich viel an Erfahrungen bringen konnten, weil sie einfach noch nicht lange im Einsatz sind. Dagmar, du hast angesprochen das Grazer Modell, dieses wurde im Oktober 2006 beschlossen, es besteht, das letzte Mal bin ich nicht darauf eingegangen, aus vier Elementen, nämlich aus dem Stadtforum, das ja aus durchaus interessantesten Persönlichkeiten, aus Grazerinnen und Grazern besteht, es besteht aus dem Bebauungsleitlinien, die auf den Gebietscharakter bezogene Gestaltungsvorschreibungen sozusagen vorsehen, hier ist man auf einem Weg und es gibt ein paar Modellprojekte, wo die Bebauungsleitlinien bereits vorliegen und erarbeitet wurden, es geht um die Stärkung des Wettbewerbswesens und es geht auch um den Projekttsch. Diese vier Elemente wurden, wie gesagt, vor etwas mehr als einem Jahr beschlossen hier in diesem Gemeinderat, man hat gesagt, man möchte dieses Instrument etwa nach einem Jahr evaluieren. Diese Evaluierung ist, und der Herr Baudirektor ist ja heute auch zitiert worden, ist in Vorbereitung, die Architekten Andexer und Tischler arbeiten bereits an einem Konzept für so eine Evaluierung, die, und das ist meine Aussage, man nicht einfach übers Knie brechen kann. Im Rahmen dieser Evaluierung wird man drüber nachdenken, wie hat sich dieses Instrument bewährt, gibt es Weiterentwicklungen, wie steht man zu einer Frage eines Gestaltungsbeirates, das ist das, was ich das letzte Mal auch gesagt habe und das sage ich heute auch. Ich denke, gerade ein Instrument wie das Grazer Modell oder ein Instrument wie ein Gestaltungsbeirat ist ein derartig wichtiges Modell, dass man sich wirklich und Instrument, das für die Zukunft der Stadt so wichtig ist,

dass das etwas sein soll, das wohl überlegt ist und das man wirklich mit Ruhe und auch bedachtsam angeht. Ich möchte die Erfahrung aus dem Grazer Modell auf dem Tisch haben und ich möchte zum Gestaltungsbeirat Meinungen hören und ich setze mich damit auseinander. Wir gehen einen Weg, von dem ich überzeugt bin, dass er für Graz gut ist, ich habe angekündigt, dass ich gerade mit dieser neuen Verantwortung für zwei unterschiedliche Ämter, nämlich einerseits die Bau- und Anlagenbehörde und andererseits die Stadtbaudirektion mit der Stadtplanung als einem ganz wichtigen Teil, dass ich diese gemeinsame Verantwortung sozusagen auch dahingehend gestalten möchte, dass die Abstimmung zwischen diesen beiden Bereichen auch besser wird. Ich gehe auf so einem Weg, wo es wirklich um Qualität geht für die Stadt Graz und die Baukultur in der Stadt Graz, keine Abkürzungen, denn solche Abkürzungen führen oft durch ordentliches Gestrüpp. Ein bisschen erscheint mir der heutige dringliche Antrag als so eine Abkürzung, die man so Horuck durch das Gestrüpp wählt, ich gehe diesen Weg lieber bedachtsam, allerdings im Gespräch gerne mit allen, die dieses Gespräch führen wollen und nachdem die Ergebnisse und Konzepte auf dem Tisch liegen. Daher lehnen wir die Dringlichkeit des heutigen Antrages ab. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Krampl**: Es ist eigentlich, kann sich jeder selber ein Bild machen, ich hätte eine Wortmeldung von der Fraktion vor mir eigentlich erwartet, hätte mich gefreut. Hätte für mich vielleicht ein bisschen eine Hoffnung gegeben, dass sich nicht alles geändert hat, ich habe gedacht, die Zeit ist reif für einen Gestaltungsbeirat, überreif, aber dass da eigentlich auch bei eurer Fraktion, was dieses Thema anbelangt, ein bisschen faul geworden ist, das hätte ich nicht erwartet. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Keine Tariferhöhung bei den Grazer Verkehrsbetrieben

GR. **Sikora** stellt namens der KPÖ und der SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sikora**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der KPÖ und SPÖ zum Thema, keine Tariferhöhungen bei den Grazer Verkehrsbetrieben. Die vordergründige Diskussion um das Handy-Telefonierverbot bei den GVB hat die mit 1. Juli bevorstehende Tariferhöhung des Verkehrsverbundes in den Hintergrund gerückt. Dabei trifft diese Maßnahme die Bevölkerung angesichts der hohen Inflationsrate und der sprunghaft angestiegenen Teuerung bei Grundnahrungsmitteln, Wohnen und Energie besonders stark (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Die KPÖ fordert deshalb schon lange einen Grazer Sozial- oder Aktivpass. Wir treten dafür ein, dass Menschen mit geringem Einkommen die GVB künftig zum Nulltarif benutzen können. Deshalb muss der Aktivpass rasch Wirklichkeit werden.

Jetzt geht es aktuell darum, die angekündigte Tariferhöhung zu verhindern. Das Beschleunigungsprogramm für den öffentlichen Verkehr findet anscheinend vor allem bei der Gestaltung der Tarife nach oben statt. So kostet ab 1. Juli 2008 die Stundenkarte in Graz € 1,80, derzeit ja noch € 1,70. Österreichweit bedeutet diese Erhöhung, dass Graz die teuersten Tarife für Öffis hat. So zahlt man in Wien 1,70 €, Innsbruck: 1,70 €, St. Pölten: 1,70 €, Salzburg: € 1,60, Bregenz: € 1,20, Klagenfurt: € 1,70 und in Linz: € 1,70.

Die Erhöhung der Monats- und Jahreskarten bedeutet, dass man treue Kunden der öffentlichen Verkehrsmittel noch zusätzlich bestraft.

Wenn die Stadt Graz das Ziel eines attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs und der Verlagerung der Verkehrsströme von den Pkws zu Bus und Straßenbahn ernst nimmt, muss sie hier gegensteuern.

Deshalb stelle ich namens der Gemeinderatsklubs der KPÖ und SPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Bürgermeister, der Finanzreferent und die Verkehrsreferentin werden beauftragt,

1. umgehend mit den Gebietskörperschaften Bund und Land Verhandlungen aufzunehmen, um diese – der Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs abträglichen – Tariferhöhungen nicht wirksam werden zu lassen.
2. mit Bund und Land Verhandlungen aufzunehmen, um im Rahmen des Verkehrsverbundes Tarifangebote nach sozialen Staffelungen, unter anderem betreffend eine Family Card und den Null-Tarif über den Sozial- bzw. Aktivpass, zu erreichen.

Ich bitte um die Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.10 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Das Thema Tariferhöhung hat mich natürlich gleich zum Einstieg ins Verkehrsressort, ich möchte nicht sagen, überrascht, hineinbegleitet, das ist ja ein Beschluss des Verkehrsverbundes, den ich geerbt habe. Ich möchte das nicht als billige Ausrede verwenden, aber so ist es einmal, dass Tarife im Verbund entschieden werden und auch entschieden wurden, bevor ich mein Amt antreten konnte. Das heißt, aus jetziger Sicht ist eine Veränderung des Beschlusses für den 1. Juli nicht möglich. Was aber geschieht ist, dass auch schon nächste Woche die zweiten Gespräche, es hat erste Gespräche gegeben, aber jetzt gibt es auch die Gespräche mit dem Verbund, von den von uns versprochenen neuen Tarifmodellen, die in verschiedenen Bereichen angedacht werden. Ich zitiere das von mir immer wieder ins Spiel gebrachte Kurzzeitticket, Jobticket, Kombinationsticket und Möglichkeiten, im Bereich der Tarife auf bestimmte Bedürfnisse besser eingehen zu können als bisher. Wie gesagt, die Gespräche laufen, für den aktuellen vorliegenden Beschluss des Verbundes gibt es keine Möglichkeit, das jetzt zu verändern. Zum Thema Sozialpass, es ist ja allgemein bekannt, es gibt die Mobilitätskarte bei der GVB für ältere Menschen ab 65 bei den Männern, für Frauen ab 60 für Frührentnerinnen und Rentnerinnen, für schwer

Gehbehinderte, die alle über ein Einkommenslimit die Möglichkeit haben einen vergünstigten Tarif bei der GVB zu beziehen. Die Problematik dahinter, und das muss uns immer wieder bewusst sein, und deswegen muss ich es mir im Gesamten anschauen und wir müssen es auch miteinander rechnen, ist nämlich, dass jede Abgeltung gegenüber der GVB geschieht im Rahmen einer solchen Karte, natürlich die Stadt zusätzlich bezahlen muss. Das heißt, das muss ich mir im Gesamten anschauen, welche Auswirkungen haben Ermäßigungen auf der einen Seite und wo müssen wir auch schauen, dass wir das auch finanzieren. Deswegen kann das nicht von heute auf morgen dazu kommen, dass ein neues Tarifmodell da ist, das plötzlich sozialer und gerechter und billiger ist, sondern es geht um eine gute Herangehensweise, die es möglich macht, das zu finanzieren und trotzdem besser den Bedürfnissen gerecht zu werden. Soviel kann ich zum jetzigen Zeitpunkt dazu sagen. Diese Verbundpreiserhöhung, die mir selbst auch nicht gefällt, obwohl man dazu sagen muss, sie betrifft die Einzelfahrkarten, aber nicht die Monats- und Wochentickets, die immer noch im österreichischen Schnitt im unteren Bereich liegen, ist beschlossene Sache, da können wir nichts mehr ändern, das ist eine Verbundangelegenheit und kann nicht einseitig in der Stadt entschieden werden (*Applaus Grüne*).

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ÖVP-Fraktion lehnt auch die Dringlichkeit des Antrages ab, in der Argumentation hat die Frau Verkehrsstadträtin die wesentlichen Argumente bereits gebracht. Ich wollte auch noch einmal darauf hinweisen, was ja auch in Argumentation schon in der letzten Gemeinderatsperiode, dass natürlich für die Stammgäste der GVB sozusagen entscheidend sind, die Tarife bei den Zeitkarten, Monatskarten, Jahreskarten und da liegen unsere Tarife österreichweit sehr günstig.

Ing. **Lohr:** Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir Freiheitlichen stimmen der Dringlichkeit dieses Antrages zu, sie ist gegeben. Mit 1. Juli sollen die Fahrkartenpreise der GVB erhöht werden. Ich habe zu dem Thema bereits die Frau Vizebürgermeisterin Mitte April in einer Presseaussendung kritisiert und ihr

Untätigkeit vorgeworfen, dass sie nicht sofort mit diesen Stadtwerken in Verhandlung getreten ist. In der Zeitung ist damals gestanden, die Verkehrsreferentin stellt erst im Herbst günstigere Karten in Aussicht. Jetzt ist sie scheinbar inzwischen aufgewacht und ist mit den Stadtwerken in Verhandlung, das ist gut, denn Fakt ist, dass wir in Graz im Vergleich zu anderen Landeshauptstädten bei den öffentlichen Tarifen im hohen Bereich liegen. Also wir führen hier ziemlich die Spitze an und man muss auch sagen, dass für die Bürger in Graz die Lebenskosten inzwischen auch stark gestiegen sind. Lebensmittelpreise, Gebühren sind erhöht worden, also da könnte die Stadt Graz hier einiges abfedern. Ansonsten werden die Öffis immer unattraktiver für die Grazer Bevölkerung. In Zukunft werden 1.80 Euro für eine fünfminütige Fahrt vom Hauptplatz zum Hauptbahnhof verrechnet, das ist enorm überteuert. Es fehlt an den Vergünstigungen für Familien und gerade junge Familien fahren mit den Öffis, da sie sich noch kein eigenes Kfz leisten können. Aus unserer Sicht heißt das günstigere Karten, bessere Fahrplanabstimmung, zu Verkehrsstoßzeiten mehr Fahrzeuge, dann würden bei niedrigeren Fahrpreisen auch eine höhere Auslastung bei den öffentlichen Verkehrsmitteln folgen und als Folgeschritt wird es auch möglich sein, die GVB mit weniger roten Budgetzahlen zu führen. Also ja zu dieser Dringlichkeit (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Petition an die Bundesregierung; Gleichstellung von hetero- und homosexuellen Paaren im PartnerInnenschaftsgesetz

GR. **Wippel** stellt namens der SPÖ, Grünen und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Wippel:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der gemeinsame Dringlichkeitsantrag von SPÖ, Grüne und KPÖ ist eigentlich ein ÖVP-Antrag, denn es geht um die Petition an die Bundesregierung zur Gleichstellung von hetero- und homosexuellen Paaren im PartnerInnenschaftsgesetz als Ergebnis der Perspektivengruppe der ÖVP. Bekanntlich haben sich die Koalitionsparteien in der Bundesregierung, SPÖ und ÖVP, die ÖVP im Speziellen, im Oktober 2007 nach den Ergebnissen ihrer Perspektivengruppe auf das so genannte „Schweizer Modell“ geeinigt, das eine umfassende Gleichstellung im Eherecht mit Ausnahme der Adoption und der Nutzung der Fortpflanzungsmedizin für gleichgeschlechtliche Paare vorsieht. Einige Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern lassen aber befürchten, dass auch dieser Kompromiss zu scheitern droht. Hier wird plötzlich wieder von einem zivilrechtlichen Bereich ohne Eintragung am Standesamt gesprochen, was allerdings nichts mit einer Gleichstellung zu tun hat, sondern viel mehr wieder eine Sonderregelung bedeuten würde. Der Stadt Graz liegt der umfassende Entwurf eines Bundesgesetzes über LebenspartnerInnenschaften vor, zu dem wir vom Österreichischen Städtebund aufgefordert sind, Stellung zu beziehen, insofern ist die Dringlichkeit auch gegeben.

Derzeit sind gleichgeschlechtliche PartnerInnen gegenüber verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren und Lebensgemeinschaften unter anderem in folgenden Punkten benachteiligt:

- in schweren Krankheitsfällen kein Auskunftsrecht bei Intensivstationsaufenthalt, da Informations- und Besuchsrechte derzeit nur vom „good will“ der ÄrztInnen und des Pflegepersonals abhängen, da gleichgeschlechtliche Paare vor dem Gesetz als Fremde gelten und daher auch als Fremde und nicht als Angehörige behandelt werden;
- kein ZeugInnen-Entschlagungsrecht, wie es sonst Personen in familiärem oder lebensgemeinschaftlichem Naheverhältnis (als Angehörige) zusteht;
- unabhängig von der derzeitigen steuerlichen Irrelevanz keine Gleichstellung im Erb- und Schenkungsrecht;

- eindeutige Benachteiligung in Bezug auf die Elternstellung bei Kindern innerhalb der Lebensgemeinschaft.

Aus diesem Grund besteht dringender Handlungsbedarf, sowohl auf bundespolitischer Ebene als auch auf kommunaler Ebene eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Daher stelle ich im Namen der Gemeinderatsfraktionen von SPÖ, Grünen – ALG und KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Graz verpflichtet sich als Menschenrechtsstadt dem langfristigen Ziel einer völligen rechtlichen Gleichstellung von verschieden- und gleichgeschlechtlichen PartnerInnenschaften und setzt sich mit konkreten Maßnahmen kontinuierlich dafür ein, eine solche Gleichstellung als kommunale Vorreiterin zu erreichen.

Die Stadt Graz nimmt Stellung zum Entwurf des Bundesgesetzes über LebenspartnerInnenschaft und fordert die Bundesregierung auf, das vorliegende PartnerInnenschaftsgesetz mit staatsrechtlichen Folgen auch für gleichgeschlechtliche Paare mit Eintragung am Standesamt umgehend umzusetzen.

Gleichstellung ist nicht nur eine Querschnittsmaterie in Bezug auf Bundes- und Landesebene, sondern betrifft selbstverständlich auch regionale und kommunale Verwaltungen und ist ressortübergreifend. Daher wird die Magistratsdirektion ersucht, in einem ersten Schritt eine Evaluierung der Verordnungen der Stadt Graz, des Statuts der Stadt Graz und diverser Geschäftsordnungen der Stadt und des Magistrats in Hinblick auf etwaige diskriminierende Formulierungen oder Umsetzungen vorzunehmen.

Die Magistratsdirektion wird weiters ersucht, einen dementsprechenden Bericht bis Jahresende zu erstellen, welcher nach Vorberatung im zuständigen Ausschuss dem Gemeinderat zur Debatte vorzulegen ist.

Die Berichte der Gleichbehandlungsbeauftragten der Stadt Graz, des Menschenrechtsbeirats und der RosaLila PantherInnen sind entsprechend zu berücksichtigen und einzuarbeiten (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffi-Percevic**: Hoher Gemeinderat, Herr Bürgermeister! Die Frau Bundesminister Berger, die Frau Justizministerin, hat tatsächlich entsprechend den Vereinbarungen im Koalitionspapier von SPÖ und ÖVP auf Bundesebene den vorliegenden Entwurf für ein Lebenspartnerschaftsgesetz zur Begutachtung versandt. Das heißt noch nicht, dass dieser in seiner Formulierung, ja auch nicht in allen wesentlichen Formulierungen, mit dem Koalitionspartner auf Bundesebene abgestimmt ist. Wie wir wissen, nach Beendigung des Begutachtungsverfahrens und der Termin für das Begutachtungsverfahren für die Frist zur Stellungnahme an das Ministerium ist der 6. Juni, wird dann zu überarbeiten sein mit allen Stellungnahmen und um eine solche geht es auch durch die Stadt Graz und dann, damit er dann durch den Ministerrat kommen kann, ist er mit dem Koalitionspartner schon auf Grund des Einstimmigkeitserfordernisses bei Ministerratsbeschlüssen auch bis ins letzte Detail abzustimmen. In dieser Phase oder diese Phasen stehen vor uns. Der vorliegende dringliche Antrag, der uns heute vorliegt unter Bezugnahme auf diesen Gesetzesentwurf, sieht ebenso wie der Entwurf der Frau Bundesminister einige Passagen vor, die nicht den Vorstellungen der Volkspartei, ich sage durchaus derzeit, entsprechen. Einig ist man sich auf Bundesebene, sind wir auch hier auch, um das anzusprechen mit unserem Koalitionspartner, den Grünen, dass es gilt, jede Diskriminierung der Lebenspartner zu beseitigen. Besuchsrecht beispielsweise, wenn der Lebenspartner im Spital ist usw. alle diese Bestimmungen da sind wir vollinhaltlich dafür und dass diese beseitigt werden und das sieht auch der Entwurf vor. Andere Bestimmungen, ich spreche sie an, wie die Lebenspartnerschaft bei den Standesämtern einzutragen ist, hier gibt es nach wie vor divergierende Vorstellungen. Es ist uns daher nicht möglich, dem vorliegenden dringlichen Antrag unsere Zustimmung zu erteilen.

Zwischenruf GR. Herper: Aber die steirische ÖVP ist anderer Meinung.

Dr. **Piffl-Percevic**: Ich habe darauf hingewiesen, dass es auch bei uns verschiedene Positionen in den verschiedenen Ebenen gibt und ich erwarte mir, dass um die Diskriminierungen, die es derzeit unzulässigerweise für Lebenspartner gibt, auch sobald als möglich...

Zwischenruf GR. Herper: Ich habe hier den Brief von Herrn Drexler.

Dr. **Piffl-Percevic**: Ich kenne ihn, ich habe ihn auch, ...sobald als möglich zu beseitigen, dass es in den wesentlichen Punkten zu einer Einigung kommt. Weder der vorliegende Entwurf noch der vorliegende dringliche Antrag deckt sich in allen Punkten derzeit mit unseren Vorstellungen, daher können wir nicht unsere Zustimmung geben. Ein zweiter Teil des vorliegenden dringlichen Antrages enthält sozusagen Durchforstungsaufträge der magistratischen Rechtsvorschriften, das hat aber erst einen Sinn, da stimmen Sie wohl mit mir überein, wenn der endgültige Gesetzestext das Parlament passiert hat, dass wir dann selbstverständlich sofort unsere Vorschriften durchforsten, wo Nachjustierung oder Adaptierungsbedarf ist, aber es hat keinen Sinn, auf Grund eines Entwurfes auf Bundesebene, der noch bei weitem nicht das Finale darstellt, jetzt schon die Verwaltung zu beauftragen, das ist eine gute Absicht, aber derzeit nicht sinnvoll, daher ist auch dieser zweite Teil des dringlichen Antrages heute nicht zustimmungsfähig. Ich ersuche daher die Fraktionen dieses Hauses, dem vorliegenden dringlichen Antrag keine Zustimmung zu geben (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Es dürfte Sie nicht verwundern, dass wir Freiheitliche diesen Bestrebungen, nämlich der Gleichstellung von hetero- und homosexuellen Paaren im Partnerschaftsgesetz, nicht unsere Zustimmung geben werden.

Zwischenruf GRin. Binder: Das wundert mich schon.

GR. **Sippel**: Das wundert Sie? Für uns geht es dabei um eine Grundsatzentscheidung. Was mich jedoch wundert auch in Bezug auf die Worte meines Vorredners, dass es sich immer mehr herauskristallisiert, als wären wir die einzigen Vertreter der Familien, die einzige Familienpartei, die einzige Partei sozusagen, die sich noch nicht von der homosexuellen Lobby einkaufen hat lassen. Man fühlt sich ja fast berufen, angesichts der teilweise sehr schwammigen und unklaren Haltung in der ÖVP, wir haben es erlebt, Landespartei unterschiedliche Meinung, Stadtpartei andere Meinung, in der Bundespartei der eine so, der andere so, also man kennt sich da ja nicht aus und man fühlt sich ja fast berufen, als Sprachrohr all jener ÖVP-Wähler zu fungieren, die sich klar gegen eine Gleichstellung homosexueller Partnerschaften aussprechen und das sind bitte immerhin mehr als die Hälfte. Eines muss man hier natürlich auch noch anmerken, es ist dieser dringliche Antrag von KPÖ, SPÖ und Grünen, natürlich eine strategisch geschickte Aktion wieder einmal einen Keil zwischen Schwarz und Grün zu treiben, also das ist...

Zwischenruf GRin. Binder: Aber doch nicht wir.

GR. **Sippel**: Na ja seitens der KPÖ, ist ja legitim, einen Keil hineintreiben zu wollen und die Koalition wieder einmal ins Wanken zu bringen, das haben wir heute schon des Öfteren erlebt, aber man merkt hier natürlich, wie schwer sich hier die ÖVP mit dieser Thematik tut. Für uns ist die Haltung ganz klar und das würden wir uns auch von der selbsternannten Familienpartei ÖVP uns erwarten. Nein zu jeglicher Form der Gleichstellung von Homosexuellen mit der Ehe, nein zur Eintragung am Standesamt für gleichgeschlechtliche Paare, wie von Ihnen dezidiert in diesem Antrag gefordert, Ungleiches kann und darf nicht gleichgestellt werden. Die Ehe dient aus unserer Sicht dem Schutz der Verbindung von Mann und Frau, weil sie eben für Kinder offen ist. Und nur so das Leben auch weitergegeben wird. Als einzige österreichische Heimatpartei stellen wir dezidiert die Familien in den Mittelpunkt, in Zeiten, wo wir Geburtenrückgang erleben, erhöhte Scheidungsraten auf uns zukommen und die Familien enorm unter den enormen Teuerungsraten leiden, kann es nicht angehen, solchermaßen politische Initiativen zu setzen, die weder aus unserer Sicht zwingend notwendig sind, noch sinnvoll erscheinen. Wir Freiheitliche stehen ganz klar für eine familien- und geburtenfördernde Politik, wir fordern in diesem Zusammenhang natürlich auch finanzielle Entlastung für Familien, von ermäßigten Fahrkartenpreisen, war heute auch schon Thema, steuerlichen Begünstigungen, Stichwort Familiensplitting bis hin zu ausreichend Kinderbetreuungsplätzen, und wir treten eben nicht für zeitgeistige Gleichstellungspolitik von Homosexuellen ein, das ist es, die im Endeffekt eine Kontarrierung des traditionellen Werte- und Familienbildes darstellt. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden dem Antrag der KPÖ selbstverständlich zustimmen und zwar aus mehrererlei Gründen. Es ist die Aufgabe der Politik, es ist auch die Kunst der Politik, Realitäten anzuerkennen, Schlüsse daraus zu ziehen und Rahmenbedingungen als Politiker zu schaffen. Und wir leben in einer Zeit, wo es vollkommen normal geworden ist, wir leben heute am 8. Mai 2008 in einer Zeit, wo es vollkommen normal geworden ist, dass Menschen ihr eigenes Bild des Zusammenlebens sich schon seit Jahrzehnten selbst vormachen. Dass es Menschen gibt, die verschiedengeschlechtliche Personen sind, die geschieden sind, die Kinder haben, die eine neue Familie bilden mit anderen

Personen, die für sich selbst auch den Anspruch einer Lebenspartnerschaft, einer Familie für sich selbst in Anspruch nehmen. Wir leben in der Realität, dass die Formen der Liebe unergründlich wie immer auch grenzenlos sind und daher wäre es nicht nur dumm, sondern auch nicht die Aufgabe der Politik zum einen, hier in dieser Frage gegen den Wind zu schiffen. Denn wer gegen den Wind schifft, macht sich auch selbst nass, hier geht es nicht darum, dem Zeitgeist nach dem Mund zu sprechen, sondern hier geht es schlichtweg darum, im gesellschaftlichen täglichen Miteinander Diskriminierungen von Menschen unseres Landes, aufrichtigen Staatsbürgern, Steuerzahlern zu beseitigen. Kollege Wippel hat es, und ich bin sonst selten seiner Meinung, aber er hat das richtigerweise auch ausgeführt, das geht um den Sozialversicherungsbereich, das geht um die Arbeitnehmergesetze, um die Arbeitnehmerschutzgesetze, da geht es um Trivialitäten, manche Trivialitäten einer ärztlichen Auskunft. Stellen Sie sich vor, Herr Klubobmann Piffl-Percevic, Gott möge davor behüten, Sie lassen sich scheiden, lernen eine neue Frau kennen, ich meine ja, Gott möge davor behüten, es wird ja, ich wünsche es Ihnen niemals, zutage treten, stellen Sie sich vor, Sie gehen eine neue Partnerschaft mit einer Frau ein, leben mit dieser sechs, sieben Jahre zusammen, die stürzt, nachdem Sie ein eigenes Frauen- und Familienbild haben, beim Putzen der Gardinen vom Hocker, wird ins Krankenhaus eingeliefert und Sie als Lebenspartner haben nicht einmal das Recht eine Auskunft zu bekommen. Stellen Sie sich vor, oder versetzen Sie sich viele Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die in verschiedensten Formen des Zusammenlebens leben, stellen Sie sich vor, solche Trivialitäten, wie wir meinen, des Alltags begegnen Ihnen und überlegen Sie sich, wie Sie selbst damit fertig werden. Und daher war es mir auch sehr wichtig, und den Antrag haben wir zur Kenntnis bekommen in seiner Urfassung vor einer Woche, selbstverständlich auch in diesem Antrag, nicht nur, aber auch, nicht nur gleichgeschlechtliche Partnerschaften zum Inhalt zu haben, sondern die sogenannten Formen der Patchwork-Familie, wie wir sie kennen. Und daher ist auch der Antrag der Grünen, der Sozialdemokraten und der Kommunisten kein Antrag, der einem Mainstream nach dem Mund spricht, sondern ein Antrag, der nicht nur seine Berechtigung hat, sondern die Zustimmung eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Dass die Freiheitlichen sich damit aus vielen Gründen schwer tun und dem nicht zustimmen, ist auch zu akzeptieren, das ist so normal wie das Amen im Gebet, sie werden auch nicht zustimmen, denn das Gesellschaftsbild der Freiheitlichen hat im Jahr 1848 geendet. Dass aber die Österreichische Volkspartei, Frau Gesek, jetzt noch einmal, ich weiß, Sie haben

offensichtlich seit der konstituierenden Sitzung ein Problem mit mir, entweder Sie klären es oder Sie reden einfach nicht mehr mit mir und wir brauchen uns auch nicht mehr grüßen, das wäre in einem oder anderen Fall gescheiter, aber mich zipft es wirklich an, diese ständigen, dass ich mich mit der ehemaligen Altersvorsitzenden dieses Gemeinderates matchen muss, das ist selbst mir zu unwürdig und Sie wissen, meine Latte ist tief. Um zur Ernsthaftigkeit zurückzukommen, das was mich wundert ist, dass hier die ÖVP nicht mitstimmt. Was die ÖVP und viele Mandatäre ihrer Fraktion verwundern sollte ist, dass sie mit den Freiheitlichen in Zukunft im Boot sitzen, in einem sehr wesentlichen Thema. Hier geht es, ich erkenne durchaus die Meinung der von mir geschätzten Sissi Potzinger an, die es für sich, und das ist auch legitim, es als Auftrag empfindet, und das ist auch gut so, das Instrument der Ehe, der christlichen Ehe zu schützen, das ist auch gut so. Dafür verdient Frau Gemeinderätin Potzinger angesichts ihrer Glaubenskonfession auch Anerkennung. Um was es hier, ich mache da keine Späße bei der Geschichte, um was es hier geht ist nicht, dass man das katholische, das christliche Instrument der Ehe aushebeln will und so ist auch der Antrag nicht formuliert und ich habe mir den Antrag genau durchgelesen, kein Wort von Ehe. Es wird in den Zeitungen von Homoehe berichtet, das sind gleichgeschlechtliche Partnerscharten gemeint, das ist sofort wieder die Homoehe, es ist kein Wort der Ehe drinnen, was aber drinnen ist, ist Abschaffung von Diskriminierungen und Anerkennung von Realitäten des gemeinsamen Zusammenlebens einer zivilisierten Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Aber weil ich bei der Frau Gemeinderätin Potzinger war, dieser Antrag ist auch kein Widerspruch zur Haltung, zu legitimen Haltung der Kollegin Potzinger, der Antrag, auch wie er formuliert ist, ist kein Widerspruch zu jenen Menschen, die Toleranz in sich tragen, neutestamentarische Toleranz, Botschaften der Liebe, der Hoffnung, der Zuneigung. Daher appelliere ich durchaus an Sie, hier ein Zeichen auch zu setzen, diesem Antrag, bei dem keinem ein Stein aus der Krone fällt, auch zuzustimmen, für mich eine Selbstverständlichkeit darstellt, noch einmal in sich zu gehen, dass man hier nicht, und entschuldigen Sie mir den Ausdruck, mit halbwarmen Ausreden hier wieder sagt, das kann man wieder auf die lange Bank schieben. Wir wissen, dass wir eine politische Diskussion auf Bundesebene haben, die durchaus diese Initialzündungen auch braucht, damit man durchaus im Rahmen der Bundesregierung auch den Mut erzeugt, dieses Kapitel rasch und auch nicht endgültig, aber rasch und zufriedenstellend zu lösen. Es gibt sehr viele Menschen in diesem Land, die ja viele Politiker oder zumindest welche, die sich als Politiker

schimpfen oder politische Menschen sind, oftmals angesprochen und sagen, gemacht doch etwas einmal für uns, tut nicht immer über die Schwuchteln reden und über die Schwulen und über das alles. Ich sage auch den Kritikern dieses Antrages, dieses Thema und diese Fokussierung immer auf ein Thema bei der Beseitigung der Diskriminierung wird sich in dem Moment aufhören, wenn wir uns endlich dazu durchringen, diese Diskriminierungen in unserer Gesellschaft, in der Gesellschaft gibt es sie ja in dem Fall ja nicht einmal mehr in dem Ausmaß. In dem Fall hinken ja mittlerweile schon die Gesetze nach. Vor zehn Jahren, vor 15 Jahren war das ein wenig anders, da war die Gesellschaft schon fast strenger als die Gesetze, mittlerweile hat sich ja die Gesellschaft geändert, weil die Gesellschaft ja zwei Augen hat, mit denen sie sieht, Ohren hat zu hören, aufnehmende Organe, wie der Bürgermeister zu sagen pflegt, in dem Fall Sinnesorgane. Ich bitte Sie daher, diesem Antrag zuzustimmen, auch der Dringlichkeit zuzustimmen, hier sich nicht auf die Dringlichkeit hinauszureden, nur damit Sie Brüche innerhalb Ihrer Fraktion vermeiden, Herr Klubobmann Piffl-Percevic, zeigen Sie doch den Mut, geben Sie die Abstimmung frei. Wir wissen, dass es einige Ihrer MandatarInnen gibt, die durchaus gleich denken, die unter Zwang gesetzt werden in einem Land, wo es das freie Mandat gibt.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Falsche Baustelle, es geht nur um die Dringlichkeit.

GR. **Grosz:** Ich rede auch über die Dringlichkeit, weniger draußen an der Bar, mehr herinnen mir zuhören, dann wissen Sie was los ist. Ich ersuche Sie daher, wirklich zu überlegen, inwieweit Sie nicht nur uns, inwieweit Sie diesen Antrag hier unterstützen. Vielleicht meldet sich noch wer zu Wort, damit wir die Nachdenkphase der Volkspartei ein wenig erweitern, dass es ein bisschen sickern kann, braucht ja beim einen oder anderen länger. Ich hoffe, dass wir auch im Grazer Gemeinderat hier nicht ein Zeichen der Außergewöhnlichkeit setzen, sondern ein Zeichen der Normalität und der Gegenwart. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Damit Sie das nur wissen, damit du es weißt, es ist nicht möglich, dass sich noch jemand zur Dringlichkeit jetzt meldet, das ist vielleicht auch für alle. Jene Fraktionen, die am Antrag drauf sind, können de facto, haben nur einen Sprecher, das ist vorgetragen worden und jetzt gibt es ein Schlusswort und ich darf, bevor wir dann über die Dringlichkeit abstimmen, dieses Schlusswort an den Herrn Gemeinderat übergeben.

GR. **Wippel**: Beiden Familienparteien möchte ich eines sagen, ohne jetzt irgendeine Umfrage in Auftrag gegeben zu haben, traue ich mich zu sagen, zirka 100 % aller Lesben und Schwulen leben in Familien. Ich bin auch kein Waisenkind und wenn die Frage war, einen Keil zu treiben zwischen ÖVP und Grüne, das habe ich ganz sicher nicht vorgehabt, weil, wenn ich einen Antrag einbringen wollte, der keine Mehrheit bekommt, dann hätte ich ihn sicher nicht so formuliert, das sind nicht unsere Positionen. Ich sage es noch einmal, das sind die Positionen ausgearbeitet von der ÖVP, diese Positionen vertrete ich hier. Ich wollte nämlich tatsächlich, dass es hier jetzt zu einer breiten Mehrheit kommt, ich weiß es von Seiten vieler ÖVPLer, dass es dafür eine Mehrheit geben kann und es tut mir wirklich in der Seele weh, dass es hier heute nicht möglich ist. Den Vorwurf der Homosexuellenlobby möchte ich gar nicht entkräften, ich möchte die Homosexuellenlobby auch in der Person von Hans-Peter Weingandt oben auf der Galerie begrüßen (allgemeiner Applaus). Eines verwundert mich auch noch, vor allem bei der ÖVP, ich habe, glaube ich, acht Mal den Grazer Tuntenball organisiert und ich habe bei jedem Tuntenball ÖVP-Politiker begrüßt und sie sind da alle ganz mediengerecht in der Presse vorgekommen und haben in die Kameras gelächelt und haben Verständnis gezeigt oder wie es aussieht, doch nur geheuchelt. Weil was soll das, ich gehe hin zu den Veranstaltungen, sage, ich solidarisiere mich mit euch und in den nächsten Sitzungen, in den Gremien stimme ich dann dagegen, wo es doch gar nicht darum geht, dass wir irgendeine Sonderstellung wollen, wir wollen Gleichbehandlung. Sie sagen, ja Gleichbehandlung schon, aber nicht für alle, besser hätte es Carl Valentin nicht formulieren können. Ich bin wirklich sehr traurig, wenn es diese Mehrheit hier heute nicht gibt und ich bin auch traurig darüber, wenn ich bei den nächsten Gelegenheiten wieder einige Gesichter der ÖVP begrüßen werde bei den Veranstaltungen der Lesbisch-schwulen

Community und Sie darauf hinweisen muss, dass Sie hier gegen unsere Interessen gestimmt haben. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Aufhebung der Gebührenpflicht in Kurzparkzonen an Samstagen

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Mein dringlicher Antrag betrifft die Aufhebung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen an Samstagen. Graz ist mittlerweile die Stadt mit der höchsten Dichte an Einkaufsfläche pro Einwohner in Österreich. Ein Großteil dieser Fläche resultiert aus einer Vielzahl von Einkaufszentren am Stadtrand. Diese an der Peripherie angesiedelten Zentren wirken wie ein Magnet auf die Kunden der Innenstadtgeschäfte und führen zu merkbaren Umsatzeinbußen im Stadtzentrum.

Für viele lokale Gewerbetreibende ist es nicht mehr rentabel, sich in der Innenstadt niederzulassen. Die Konsequenz daraus zeigt sich deutlich in den bereits verkommenen ehemaligen Einkaufstraßen wie Annenstraße oder Jakoministraße. Das geplante ECE/Stadtgalerie ist ein Schritt in die richtige Richtung, da hieraus auch eine gewerbliche Achsenbildung mit der Innenstadt entsteht. Selbstverständlich sind noch viele weitere Maßnahmen notwendig, um dem Innenstadtsterben Einhalt zu gebieten, die Forderung nach einem gebührenfreien Samstag ist daher eine sinnvolle Einbegleitung dieser Revitalisierungspolitik.

Gerade der Einkaufssamstag gilt wirtschaftlich als umsatzstärkster Tag der Woche, daher ist es notwendig, Anreize zu schaffen, um die Käufer wieder vermehrt in die Innenstadt zu bringen.

Eine sinnvolle Wirtschaftspolitik durch die Stadt Graz sollte nicht nur die Zielsetzung verfolgen, im Dienste der weltweiten Globalisierung internationale Shopping-Center und Franchisenehmer in Graz anzusiedeln, sondern auch die ortsansässigen Klein- und Mittelbetriebe, wie beispielsweise Haushalts- und Porzellanwarengeschäfte, infrastrukturell durch gezielte Maßnahmen zu fördern.

Die Bürgermeisterpartei hat in der Vergangenheit im Bereich der offensiven Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben eine Vielzahl von Versäumnissen angehäuft. Die Aufhebung der Gebührenpflicht in Kurzparkzonen am Samstag ist ein geeigneter Schritt, die innerstädtischen Wirtschaftstreibenden entscheidend zu unterstützen. Ein diesbezügliches wirtschaftspolitisches Signal ist überfällig. Weiters möchte ich noch hinzufügen, da am 1. Juli 2008 die Stadt Graz wieder die Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen übernimmt, in Form des städteeigenen Unternehmens GPS, erscheint es überdies sinnvoll, hier ein Zeichen zu setzen. Darüber hinaus decken aus unserer Sicht auch die eingesparten Personalkosten zumindest einen Teil der wegfallenden Einnahmen durch diese Gebührenpflicht (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion geben wir dem Antragsteller hinsichtlich seines Befundes, dass es in Graz leider sehr viele Straßenzüge gibt, die schon bei weitem glanzvollere und wirtschaftsbedeutendere Tage gesehen haben, hundertprozentig Recht und gerade ich traue mich das auch in dieser Form sehr deutlich und sehr klar zu sagen, weil ich unter anderem seit Jahren um eine Wiederbelebung, um ein kräftiges Lebenszeichen zum Beispiel in der Jakoministraße kämpfe und so gibt es sehr viele ähnlich gelagerte Straßenzüge, wo es dringend notwendig wäre, dass hier wirtschaftsbelebende Maßnahmen gesetzt werden und es ist leider, und da gebe ich auch dem Kollegen Sippel Recht, es ist leider den ÖVP-Wirtschaftsverantwortlichen der letzten Perioden, ob das ein nunmehriger Landesrat und damaliger Stadtrat

Buchmann, ob das der Vorgänger des jetzigen wirtschaftszuständigen Bürgermeister, nämlich Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg, leider nicht gelungen, in diesen genannten Straßen oder auch in einer Annenstraße oder in sonstigen Straßen gelungen, hier Maßnahmen zu setzen, die hier einfach zur Belebung und zu einem entsprechenden Wirtschaftstreiben geführt hätte. Auf der anderen Seite, und da sehen wir uns leider nicht in einem Boot mit den Argumenten des Kollegen Sippel, was nämlich die Aufhebung der Gebührenpflicht am Samstag betrifft, weil wir nicht überzeugt sind, dass diese Rückführung, dieser Rückschritt im wahrsten Sinne des Wortes, hier auch nur einen Impuls in diese Richtung bringen könnte. Kollege Sippel ist noch nicht so lange im Gemeinderat und kennt die Vorgeschichte auch dazu sicherlich nicht so gut, ist auch kein Nachteil und kein Fehler, und ich will ihm das auch nicht anhalten. Es geht aber darum, dass dieses Gesamtpaket vor einiger Zeit, wo es nicht nur darum gegangen ist, um die Gebührenpflicht am Samstag, wo es unter anderem darum gegangen ist, die blauen Zonen auszudehnen und gewisse andere verkehrspolitische Maßnahmen zu setzen, dass diese samstägige Gebührenpflicht ein Mosaikstein, ein Teil dieses Gesamtpaketes war und aus unserer Sicht sehen wir keine unbedingte Notwendigkeit, keine neuen Argumente, keine geänderte Rahmenbedingungen, die jetzt einfach dazu angetan sind, diese Gebührenpflicht am Samstag in den blauen Zonen zurückzuführen. Und als letzter Punkt, der sicherlich auch nicht zu unterschätzen ist in dieser Frage, was die Rückführung betrifft, dann wäre es wirklich ein Rückschritt, wir waren und sind soweit, dass sehr, sehr viele Grazerinnen und Grazer und auch unsere BesucherInnen, unsere Einkäufer und Einkäuferinnen aus den umliegenden Gemeinden und Städten diese Maßnahme sowohl als verkehrspolitische Maßnahmen als auch als umweltpolitische Maßnahme akzeptiert haben, am Anfang vielleicht mit dem einen oder anderen Wehklagen, weil eben zusätzliche Gebühren angefallen sind, aber letztendlich wäre es ja mehr als kontraproduktiv, jetzt nach einiger Zeit der Gewöhnung aller an dieses System, einfach jetzt zu sagen, öffnen wir wieder die Straßen, öffnen wir den Straßenraum und möge hereinkommen wer will mit dem Auto. Das ist nicht die Verkehrspolitik und die Umweltpolitik und die Anrainerfreundlichkeit der Grazer SPÖ und aus diesem Grund ein klares Nein zur Dringlichkeit und ein klares Nein zum Inhalt. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 18.55 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Danke Herr Kollege Eichberger. Ich erlaube mir gleich für die Grünen, dem nichts mehr hinzufügen und, bitte, von der ÖVP gab es eine Meldung.

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Innenstadt ist nach wie vor und heute umso mehr als vor einigen Jahren das attraktivste und größte Einkaufszentrum der Stadt. Das muss man einmal hier ganz klar sagen und ein wesentlicher Aspekt ist natürlich die Erreichbarkeit dieses innerstädtischen attraktiven Einkaufszentrums Altstadt. Wie hat die Situation ausgesehen vor der Einführung der Gebührenpflicht am Samstag? Es waren alle Parkplätze verparkt, einerseits mit Dauerparkern, auf der anderen Seite mit jenen Beschäftigten, der Grazer Innenstadtbetriebe, die natürlich die Situation genutzt haben und die Parkplätze schon vor der Öffnungszeit der Geschäfte belegt haben und danach war sozusagen der Ruf der Innenstadt, man kann nicht mehr in die Stadt fahren, weil man dort keinen Parkplatz mehr bekommt. Wie hat sich das nun geändert: Seit der Einführung der Gebührenpflicht haben wir wieder die Möglichkeit zu parken, nach den Erhebungen in der ersten Evaluierungsphase des Kurzparkzonen-Maßnahmenpaketes ist herausgekommen, dass ungefähr 30 % eben verfügbar sind. Das heißt, durch den Wechsel in der Kurzparkzone, durch die Gebührenpflicht konnte erreicht werden, dass die Kundinnen und Kunden die Innenstadt erreichen; die, die das möchten und auch einen Parkplatz vorfinden. Darüber hinaus muss man ja ganz ehrlich sagen, hat sich auch das Tiefgaragenangebot in der Innenstadt deutlich verbessert, es gibt einige neue Tiefgaragen, die auch zu akzeptablen und durchaus attraktiven Tarifen erreicht werden können. Ganz entscheidend ist aber, dass sich die Frequenz in der Innenstadt in den letzten Jahren wieder erhöht hat. Dazu haben einerseits beigetragen die Möglichkeit, das Auto auch abstellen zu können am Vormittag am Samstag, auf der anderen Seite natürlich auch eine Zunahme im öffentlichen Verkehr. Wir wissen alle, dass sich der Modal Split in den letzten Jahren leicht zugunsten des ÖV verbessert hat und auch die Erreichbarkeit der Innenstadt der

Geschäfte in der Innenstadt durch den öffentlichen Verkehr wird deutlich besser genutzt. Also insgesamt hat sich die Situation, und das eben zum Unterschied von der Darstellung vom Kollegen Sippel, hat sich insgesamt die Situation der Geschäfte in der Grazer Innenstadt nicht verschlechtert, sondern verbessert. Dieses Ergebnis zeigt auch eine Umfrage unter den Innenstadtgeschäftsleuten, wo 70 % mit der derzeitigen Regelung zufrieden sind. Also aus dieser Situation heraus natürlich klar das Bekenntnis zu dem Einkaufszentrum Altstadt, wie wir es nennen, also der ganz wesentliche attraktive Einkaufsbereich in unserer Stadt, aber dazu natürlich auch die Möglichkeit der Erreichbarkeit, nämlich einen Parkplatz zu finden und ein attraktives ÖV-Angebot. In diesem Sinne lehnen wir die Dringlichkeit des Antrages ab (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hagenauer**: Ich kann mich kurz fassen, schon gesagt wurde dem Antragsteller, dass wir diese Regelung schon hatten, dass es nicht zuletzt die Wirtschaft selbst war, die gesagt hat, wir wollen das wieder aufgehoben haben, weil die Parkplätze von Mitarbeitern besetzt wurden und nicht von Kunden. Herr Kollege Korschelt wäre vielleicht einer derjenigen gewesen, der für eine gewisse Kontinuität des Wissens in der Fraktion hätte sorgen können, was ihm in dem Fall offenbar nicht gelungen ist. Und wenn ich gerade bei der Kontinuität bin, wissen Sie, geschätzte Kollegen von der freiheitlichen Partei, ich muss mich jetzt an den Landesrat Schmid erinnern, wenn Sie sich hier, und muss Sie daran erinnern, wenn Sie sich hierher stellen und beklagen die Situation nicht in Graz, sondern in der Region Graz übrigens, in der Region Graz, dass wir in der Tat der Raum oder die Region sind mit der höchsten Supermarktdichte Europas, dann haben Sie zwar die richtige Feststellung getroffen, Sie haben aber nicht dazugesagt, dass derjenige, der diese Schleusen geöffnet hat, leider Gottes ist ihm da auf Landesebene nicht zuletzt auch von der Sozialdemokratie eine gewisse Unterstützung zugekommen, das war der freiheitliche Landesrat Schmid und langjähriger Verantwortliche. Bitte ersparen Sie mir das, dass ich Unterschiede machen muss, wer bei der FPÖ und bei der BZÖ ist, das denke, zahlt sich nicht aus, das ist die Anstrengung zumindest aus meiner Sicht nicht wert. Würde ich also vor meiner eigenen Türe kehren und nicht zuletzt zum Abschluss aus grüner Sicht, was man hier in der Tat noch machen könnte angesichts der verfahrenen Situation, ist etwas, ich rufe bei der Gelegenheit in Erinnerung, das ist die

Stellplatzabgabe. Stellen Sie sich vor, wir haben eine Stellplatzabgabe und die ist zweckgebunden für die Innenstadtwirtschaft, das wäre doch was. Da könnte man dann etwa Fahrscheine finanzieren für die Kunden oder Ausbildungsplätze für die Klein- und Mittelbetriebe, das wäre war. In diese Richtung denken wir, hat man heute noch realistischweise die Chance, der vorliegende Entwurf des Raumordnungsgesetzes des Steirischen sieht ja so was einmal grundsätzlich vor. Über die Ausgestaltung im Detail wird man sich unterhalten müssen, aber eine Zonierung, indem mit zunehmender Nähe zum Zentrum eine derartige Abgabe gestaffelt wird und sie eben zweckgebunden wird für einschlägige Maßnahmen, wie ich sie schon erwähnt habe, schiene uns jedenfalls eine sehr interessante Geschichte und eine tatsächlich seriöse Maßnahme, wenn man in dem Gebiet noch etwas machen will. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

GR. **Sippel**: Mir ist in der Hitze des Gefechtes es entgangen, den Antrag zu stellen, wir haben vorher den Motivenbericht diskutiert. Das hole ich vor meinem Schlusswort jetzt nach:

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivenberichtes beschließen, dass seitens der Stadt Graz die zuständigen Stellen beauftragt werden, alle möglichen rechtlichen Schritte zur prüfen, um eine Aufhebung der Gebührenpflicht in Kurzparkzonen an Samstagen zu ermöglichen.

Jetzt zu meinem Schlusswort. Die Aufhebung der Gebührenpflicht in den Kurzparkzonen an Samstagen hat Vergleichsbeispiele. Nämlich in Salzburg, die haben das ja auch so gehabt, dass es die Gebührenpflicht nicht gegeben hat, dann haben sie es eingeführt und dann sind sie draufgekommen, dass es eben Innenstadtkunden entzogen hat und dann hat man sich im Gemeinderat dazu durchgerungen, diese Gebührenpflicht wieder abzuschaffen und auch in Bregenz war das der Fall und es hat tatsächlich, und das belegen alle Daten, zu einer wirtschaftlichen Belebung in den Zentren geführt. Auch Graz täte diese Maßnahme sicherlich gut. Auch das Argument möchte ich nicht gelten lassen, dass nämlich ohne Gebührenpflicht, gleich ob Gebührenpflicht oder nicht, mehr Parkplätze zur

Verfügung stehen. Also wir haben ja trotzdem die Kurzparkzone am Samstag, das würde nur mit Parkuhr funktionieren, das heißt, das ist auch ein Gebot und das Argument, dass sich dann Leute vor neun Uhr dorthin stellen, das ist nicht schlüssig und nicht zulässig, weil die ja trotzdem nur drei Stunden in der blauen Zone parken dürfen. Es hat sich auch herausgestellt, dass die Kunden sehr wohl bereit sind, zwecks eines Einkaufs in der Innenstadt auch etwas außerhalb des Stadtkerns ihr Auto abzustellen, nämlich in den blauen Zonen, wenn man das beobachtet zum Beispiel am Gries oder auch im Uni-Viertel. Und hier, und das kann man daraus schließen, würde mit Sicherheit hier das zu einer Belebung der Innenstadt mit Kunden und dementsprechend Kaufkraft beitragen. Jedoch besteht Gebührenpflicht, ist es mit Sicherheit so, dass diejenige Kundschaft diese 3.60 Euro nicht investiert und gleich in ein Einkaufszentrum am Stadtrand fährt und dort ihr Geld ausgibt. Und ich denke, unser Motiv für diesen Antrag geht in diese Richtung, dass wir wirklich die Innenstadtkaufleute, denen es ja wirklich schwer gemacht wird, ich spreche hier nur die horrenden Mieten an, diese wirklich auch mit gutem Wissen und Gewissen vor allem zu entlasten. Ich bitte trotzdem um die Zustimmung. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Kriminalitätsbekämpfung

GRin. **Benedik** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Obwohl die Exekutive in Graz sehr gute Arbeit leistet, ist für dementsprechenden Schutz für

unsere Grazerinnen und Grazer - durch den massiven Personalmangel bei der Polizei - keineswegs gesorgt. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger bleibt auf der Strecke. Viele Grazerinnen und Grazer empfinden die städtischen Parkanlagen vor allem nach Hereinbrechen der Dunkelheit als unsicher. Persönliche Gespräche und diverse Pressemitteilungen der letzten Wochen untermauern diese Einschätzung.

Neuesten Pressemeldungen zufolge in Bezug auf die gestiegenen Gewaltverbrechen in Graz und die damit in Verbindung stehenden Aussagen Grazer Exekutivbeamter bestätigen, dass vor allem Delikte gegen Vermögen sowie Leib und Leben enorm gestiegen sind. Außerdem ist bei den Tätern eine erhöhte Gewaltbereitschaft festzustellen. Dies lässt leider den Schluss zu, dass sich eine erhöhte Verbrechensrate mittlerweile auf die gesamte Stadt erstreckt. War bisher vor allem in öffentlichen Parks und dunklen Seitengassen mit einem vermehrten Gefahrenpotential zu rechnen, so ist mittlerweile ein Ansteigen von Gewaltverbrechen in allen Grazer Stadtteilen bereits zu jeder Tages- und Nachtzeit zu verzeichnen.

Die statistische Darstellung der Verbrechensraten in Graz vermag das gesamte Ausmaß des Missstandes nicht ausreichend wiederzugeben. In der Vergangenheit wurden die Wertgrenzen für die Qualifizierung von Vermögensdelikten – wie zum Beispiel schwerer Diebstahl - von 36.000 Euro auf derzeit 50.000 Euro angehoben. Deshalb ist auch ein Vergleich mit Statistiken aus der Vergangenheit nicht zulässig. So war nach alter Berechnung ein Einbruch ein Delikt. In der gegenwärtigen Darstellung sind beispielsweise zehn Autoeinbrüche in einer Tiefgarage nur ein Delikt, wenn sie zur gleichen Zeit verübt worden sind. Selbst diese geschönten Statistiken täuschen nicht darüber hinweg, dass Verbrechen gegen Vermögen, aber auch gegen Leib und Leben in absoluten Zahlen massiv gestiegen sind.

Die momentan in der Stadt Graz vorhandenen Exekutivorgane reichen nicht aus, um den gestiegenen Anforderungen Herr beziehungsweise Frau zu werden. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass während des Zeitraumes der Fußballeuropameisterschaft 2008 etwa 100 Grazer Exekutivbeamte zu den Austragungsorten abgezogen werden, sehen wir Freiheitlichen einen dringenden Handlungsbedarf am Sicherheitssektor. Wir sehen aber keine geeigneten Schritte

seitens des Bundes oder der Stadt Graz, um diesen Missständen entsprechend zu begegnen.

Vor allem in Hinblick auf die Folgen - die sich für Opfer von Gewaltverbrechen, welche oft noch über Jahre unter schweren Gesundheitsproblemen, vor allem psychischer Natur zu leiden haben - weisen wir darauf hin, dass gerade auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung seitens der öffentlichen Hand ein dringender Handlungsbedarf besteht.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, dass seitens der zuständigen Stellen der Stadt Graz eine Petition an die zuständige Stelle des Bundes gerichtet wird, in welchem die Stadt Graz eine nachhaltige Aufstockung der Polizeikräfte fordert, um die Sicherheit der Grazer Bürgerinnen und Bürger in einem erhöhten Ausmaß als bisher gewährleisten zu können (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die SPÖ ist ja in diesem Haus und darüber hinaus hinlänglich als jene Partei bekannt, die das Thema Sicherheit, Aufstockung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, Verstärkung der Streifendienste und, und, und ja hinlänglich bekannt ist, umso mehr freuen wir uns, dass auch die FPÖ jetzt anscheinend eine neue Sicherheitssprecherin hat, die nicht nur jetzt unsere Anträge als Schimmel genommen hat, sondern sich auch das eine oder andere angeschaut hat vom Vorgänger als Sicherheitssprecher anscheinend, vom Kollegen Korschelt. Das heißt, wir sind sicherlich, was dieses Thema betrifft, was die wirklich notwendige personelle Aufstockung der Grazer Polizei betrifft um mindestens 100, und ihr kennt ja unsere Forderung, und ich brauche gar nicht in die kurze Vergangenheit zurückblenden, wo es ja gerade unsere Fraktion war, die in diese Richtung mit Unterschriftenaktionen etc. versucht hat, hier Druck zu machen. Wo wir leider, und das muss ich in dem Zusammenhang auch sagen, doch etwas enttäuscht sind, der

jetzt abwesende Herr Bürgermeister, der uns immer wieder in Aussicht gestellt hat auf Grund seiner guten Kontakte zum Innenminister, und vor allem auf Grund auch der guten Kontakte zum Sicherheitssprecher auf Landesebene, dem Kollegen Hamedl, das hier für entsprechende Sicherheit, für entsprechendes Personal in der Landeshauptstadt gesorgt wird, hat leider etwas hier diese hohen Erwartungen, die er ja zumindest verbal gesetzt hat, nicht erfüllen können. Umso wichtiger ist es, und trotz alledem möchte ich unseren Bürgermeister nicht aus der Verantwortung nehmen, nur in der Form des heutigen dringlichen Antrages, dass wir in Form einer Petition uns an das Land wenden. Es sind sehr viele Petitionen zu allen möglichen Themen schon an alle möglichen Stellen ergangen. Aus diesem Grund darf ich aber in diesem Zusammenhang noch einmal, auch wenn er jetzt nicht hier im Gemeinderatssaal ist, wirklich den Herrn Bürgermeister bitten und auffordern, hier seine Position als Bürgermeister, was die Sicherheit und was das Sicherheitsgefühl der Grazerinnen und Grazer betrifft, einfach so ernst zu nehmen, dass er wirklich schaut, dass hier mehr Polizei kommt und nicht wieder vielleicht irgendwo mit einer medialen Meldung über mögliche zukünftige Fahrradcop's hier Seiten füllt, sondern dass wir wirklich den Grazerinnen und Grazern die Gelegenheit geben, sich in Graz wohlfühlen. Und eines sage ich schon, und ich war erst vor wenigen Tagen bei einer Diskussion, wo es nämlich die Europameisterschaft betrifft. Ich glaube, die Grazerinnen und Grazer fürchten sich berechtigterweise nicht darüber, ob es zu Ausschreitungen kommt, weil wir in Graz keine Spiele haben, aber die Sorge ist berechtigt, dass einfach auf Grund der Urlaubszeit und auch schon der wahnsinnig dünnen Personaldecke der Grazer Polizei und des Abkommandierens von soundsoviel Polizistinnen und Polizisten hier in Graz ein gewisses Sicherheitsmanko eintreten könnte, und wenn auch nur annähernd die Meldungen der letzten Tagen in den Zeitungen zutreffen, dass gegebenenfalls in der Zeit der Euro 2008 hier Polizeiwachzimmer in den Nachtstunden geschlossen werden, dann muss man sich ernsthafte Sorgen um die Grazerinnen und Grazer machen. Und aus diesem Grund, wie gesagt, unterstützt die SPÖ, na net, nachdem das ja auch unsere Forderung seit vielen, vielen Jahren ist, natürlich auch den Antrag der FPÖ, was hier diese berechnete Forderung nach Personalaufstockung betrifft, also ein Ja zur Dringlichkeit und ein Ja zum Inhalt. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat, ich darf mich zur Dringlichkeit beziehungsweise zum Antrag zu Wort melden. Ziel und Inhalt des dringlichen Antrages von Frau Gemeinderätin Ingrid Benedik stellt wesentliche Kernforderungen auch des BZÖ dar und daher ist es für uns auch keine Frage, dass wir das unterstützen. Bin wie mein Vorredner Eichberger durchaus froh, dass auch hier innerhalb der freiheitlichen Fraktion ein Umdenken stattgefunden hat, dass nunmehr Kollegin Benedik eine Initiative gebracht hat, die auch durchaus unterstützenswert ist, die, so wie sie uns heute vorliegt, zwar nicht ganz Hand und Fuß hat, aber ich werde es dann noch erläutern. Obwohl der Planstellenmangel bei den Grazer Exekutivkräften bereits mehrmals thematisiert wurde, mehrmals in den vergangenen Jahren thematisiert wurde, hat sich leider Gottes für die betroffenen Beamtinnen und Beamten der Grazer Exekutive leider, und nicht zuletzt durch die falsche Personalpolitik der ÖVP, Innenminister Prokop, Strasser und Platter leider gar nichts geändert. Ich darf kurz Revue passieren, am 5. Juni 2007 übermittelte der damalige Vizebürgermeister Walter Ferk gemeinsam mit dem Abgeordneten zum Nationalrat Michael Ehmann und Rudolf Parnigoni eine Petition an die Präsidentin des Nationalrates, Mag. Barbara Prammer, die SPÖ, forderte damals in dieser parlamentarischen Petition die sofortige Aufstockung des Personalstandes der Grazer Polizei wieder auf mindestens 800 uniformierte BeamtInnen, mehr uniformierte Fußstreifen im Grazer Stadtgebiet, einsatzgerechte personelle Besetzung der Polizeiwachzimmer auch für die Nachtstunden, die Verdoppelung der in Graz tätigen Drogenfahnder und die Modernisierung des veralterten Fuhrparks beziehungsweise die Modernisierung der Infrastruktur. Der Antrag und auch die Petition der damaligen und auch nunmehrigen Kanzlerpartei SPÖ, die es in der Bundesregierung ja auch in der Hand hätte, hier das auch schon längst zu lösen, ist unterstützenswert. Bemerkenswert ist aber, und vielleicht können mir das die Freiheitlichen durchaus beantworten, bemerkenswert ist aber, dass diese Petition ja den parlamentarischen Geschäftsablauf im Nationalrat genommen hat, durch den Petitionsausschuss und schlussendlich in das Plenum des Nationalrates gewandert ist. Und im Plenum des Nationalrates und jetzt kommt es, und deswegen wundert mich auch Ihr Antrag, ich bin zufrieden und danke der freiheitlichen Fraktion, aber ich wundere mich darüber. In dieser Plenarsitzung des Nationalrates haben sowohl Sozialdemokraten klar, weil auch Antragsteller und Petitionseinreicher, die ÖVP, das BZÖ, aber auch die Grünen diesem Petitionsbericht des Ausschusses für Petitionen im Hinblick auf die Verstärkung der Grazer Exekutivkräfte zugestimmt. Einzig die heldenhaften Abgeordneten der

freiheitlichen Partei Österreichs, auch in der Plenardebatte des Nationalrates sich zu Wort gemeldeten Abgeordneten Mag. Gerald Hauser, dürfte Ihnen bekannt sein, ist ein Nationalratsabgeordneter von Ihnen, Mag. Dr. Martin Graf und ein gewisser Herr Lutz Weinzinger, alle drei FPÖ, stimmten gegen das Ansinnen dieser Petition, die zumindest von einer Mehrheit des Grazer Gemeinderates getragen worden ist.

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Unglaublich.

Zwischenruf GR. Eichberger: Skandal.

GR. **Grosz:** Jetzt kenne ich mich zwar eigentlich nicht aus, ich bin dankbar, dass Kollegin Benedik endlich die Linie bei den Freiheitlichen vorgibt und das nicht irgendwelchen Wacheln überlässt, die davon keine Ahnung haben, das passt schon, das findet auch unsere Zustimmung und daher ist es auch zu begrüßen und daher unterstützen wir das auch und hoffen auch, dass diese Einsicht, die hier geistig den Weg von Graz nimmt, auch irgendwann im Hohen Haus im Büro des Herrn Hatschi oder wie auch immer, Strache, ankommt, der dann vielleicht auch zur Besinnung kommt und die Grazer Anliegen besser vertritt. Zum Antrag selbst hätte ich mir natürlich schon gewünscht, nicht die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, die zuständigen Stellen irgendwo hinterm siebenten Berg von links irgendwann einmal auch irgendwie aufzufordern, sondern wenigstens das konkret hinzubringen, daher hätten wir vorgeschlagen, der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Bundesregierung und hier insbesondere den Bundesminister für Inneres, Günter Platter, und die Bundesministerin für den öffentlichen Dienst, quasi die Ressortzuständige für alle Planstellen des Bundes, Vertragsbedienstete, Beamte etc., auf eine Aufstockung des Personalstandes der Grazer Exekutive um zumindest 200 Planstellen dringend zu veranlassen. Das wäre auch der Abänderungsantrag des BZÖ gewesen, den wir wahrscheinlich nicht einbringen können, weil die

Dringlichkeit des Antrages der Freiheitlichen leider Gottes, so nehme ich an, unsere Zustimmung hat, aber wir sind noch zu wenige, leider nicht zu einer umfassenden Diskussion auch zu einem Abänderungsantrag gelangen wird. Alles in allem, dieses Problem gehört sachlich festgemacht, dieses Problem gehört an die zuständigen Stellen gerichtet, Kollege Eichberger hat das richtig gesagt, Genosse Nagl könnte einmal Genosse Platter anrufen und ihm aus der zweitgrößten Stadt Österreichs,...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** ...Pater Sigi könnte Pater Günther anrufen, vielleicht habt es ihr so lieber, Monsignore Sigi an Don Günther im Innenministerium oder wie auch immer, um ihn darauf hinzuweisen, dass wir in der zweitgrößten Stadt große Sicherheitsdefizite haben, die durchaus behoben werden müssen, das seit Jahren, und nicht zuletzt die Öffnung der Schengengrenze hat bei den Dunkelheitseinbrüchen etc. einen rapiden Anstieg der letzten Monate für die Stadt Graz, für diesen Großraum bedeutet, das nicht mehr tragbar ist und daher schnellstens behoben werden muss. Ich danke.

GR. **Sikora:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Meinen zwei Vorrednern wäre an und für sich nichts mehr hinzuzufügen. Ihren Dringlichkeitsantrag nach einer nachhaltigen Aufstockung der Polizeikräfte der Stadt Graz, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt in einem erhöhten Ausmaß als bisher gewährleisten zu können, wird vom KPÖ-Gemeinderatsklub selbstverständlich positiv mitgetragen, weil uns die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sehr wichtig ist und am Herzen liegt. Erlauben Sie mir aber trotzdem, den zwei Vorrednern noch ergänzende Zahlen bekannt zugeben. Mir gefällt erstens einmal ihr Sinneswandel, weil ich möchte erinnern, dass unter der ÖVP/FPÖ-Regierung ein Zeitraum von nur sechs Jahren, allein bei der Grazer

Polizei 278 Planstellen eingespart, die Grazer Polizei in sechs Jahren FPÖ/ÖVP-Regierung von 1.008 auf 730 Beamte massiv reduziert, mitgetragen leider von Ihrer FPÖ-Fraktion und auch von der ÖVP-Fraktion mit dem damaligen ÖVP-Nationalratsabgeordneten und Mitglied des Ausschusses für Innere Angelegenheiten, den ehemaligen, und das tut mir auch Leid, Grazer Polizeibeamten Werner Miedl, und als Auswirkung dieser verfehlten Kriminalitätspolitik möchte ich den Anstieg an strafbaren Delikten von 5,3 Prozent allein in diesem Zeitraum anmerken. Das sind in Zahlen zum Beispiel 800 Diebstähle pro Monat, zirka 100 Delikte gegen Leib und Leben und andererseits ist auf Grund der Personalmisere bei der Grazer Polizei die Aufklärungsquote auf 31,5 Prozent abgesunken. Aber trotzdem, sehr geehrte Frau Gemeinderätin, wie anfangs erwähnt, werden wir nicht nur dem Dringlichkeitsantrag, auch den Antrag positiv mittragen, hoffe jedoch, Sie stellen den Antrag nicht nur deshalb, um in Zukunft Ihre Spitzenkandidaten besser beschützen zu können (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, verehrte Frau Antragstellerin! Es ist schon angeklungen, die Volkspartei wird diesem Antrag, ich werde die Begründung gleich sagen, nicht ihre Zustimmung geben.

Zwischenruf GR. Grosz: Wie so oft.

Dr. **Piffl-Percevic**: Begründung: Erstens, Kollege Sikora hat hier ein paar Zahlen auf den Tisch gelegt und ich darf so wie bei der Arbeitslosigkeit einleiten, jeder Arbeitslose ist einer zuviel, auch jeder Kriminalfall ist einer zuviel. Aber wir müssen doch die Dinge mit den herkömmlichen Werkzeug bearbeiten, das ist die Polizei, wir bekennen uns zur Polizei als unseren Partner und daher hat es auch dementsprechend und das, Kollege Grosz, ich habe deinen Worten, im Gegensatz umgekehrt war es ja nicht der Fall, zum vorherigen dringlichen Antrag, ich habe

deinen Worten sehr wohl aufmerksam zugehört, du hast genau diese Partnerschaft, die wir brauchen, auch erwähnt, sie ist hier am 22. November 2007 hier im Nebenraum vom Herrn Bürgermeister mit dem ebenfalls bereits apostrophierten, von dir apostrophierten, Herrn Bundesminister für Inneres, Günther Platter, abgeschlossen unter Beisein des Grazer Polizeidirektors, des Sicherheitsdirektors der Steiermark.

Zwischenruf GR. Eichberger: Papier ist zu wenig, wir brauchen Polizisten.

Dr. **Piffl-Percevic**. Das ist natürlich naheliegenderweise Hauptinhalt so einer Sicherheitspartnerschaft. Und du forderst ein weiteres Papier, wir haben eines und jetzt geht es um die Umsetzung.

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Wir brauchen Polizisten aus Fleisch und Blut.

Dr. **Piffl-Percevic**: Wir haben erstens ein Papier und wir haben die Zusage vom Herrn Bundesminister, dass das auch umgesetzt wird und zwar wie folgt: Du hast erwähnt, und es ist mehrfach erwähnt worden, der Wegfall der Schengengrenze. Wie wir wissen werden dadurch Grenzpolizisten frei...

Zwischenruf GR. Sippel: Sind schon frei.

Dr. **Piffl-Percevic**: Jein, weil diese Polizisten derzeit durch die Euro zentral in Wien gebunden sind.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Niemand kann der Debatte folgen, wenn sieben gleichzeitig sprechen. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass der Redner am Rednerpult das Wort hat und der Nächste oder die Nächste sich melden können bitte.

Dr. **Piffl-Percevic**: Ich danke, Frau Vizebürgermeisterin. Die Euro wird demnächst über die Bühne gehen. Ich hoffe, durch den erforderlichen Polizeischutz auch friedlich und für uns alle zu einem Vergnügen werden und danach...

Zwischenruf GR. Grosz: Kommen die gleich her am Fahrrad?

Dr. **Piffl-Percevic**: Danke, so ist es. Ja Graz hat eine gute Lebensqualität und da leite ich über, jeder Kriminalfall ist einer zuviel, aber bitte, es sind auch Schauermärchen nicht angebracht. Allein der Vergleich der Kriminalitätsstatistik vom Vorjahr zu diesem Jahr zeigt, dass in der Steiermark die Kriminalität trotz Schengenöffnung um 14,7 % zurückgegangen ist...

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Piffl-Percevic**: Jeder zitiert Zahlen und ich gebe jetzt eine Antwort auf seine Zahlen und zwar in Graz. (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Die guten Zahlen darf man nicht sagen und die schlechten soll man laut hören, so ist es ja doch nicht.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Die Zahlen sind nicht vergleichbar.

Dr. **Piffl-Percevic**: Es ist doch wichtig, dass wir wissen, wie die Entwicklung ist. Er hat gesagt, sie sind gestiegen, ich sage, im letzten Jahr sind sie in der Steiermark, darf ich es wiederholen, auch weil es so schön ist, um 14,7 Prozent zurückgegangen...

Zwischenruf GRin. Krampl: Bis auf Graz.

Dr. **Piffl-Percevic**: ...in Graz um 17,4 %. Die Aufklärungsquote, die auch sehr wichtig ist, liegt in Graz bei 30 %, in unserer Bundeshauptstadt „nur“ unter Anführungszeichen bei 27,7 %. Ich möchte damit sagen, dass wir die Sache in die richtige Richtung entwickeln. Mit dieser Sicherheitspartnerschaft werden wir die frei werdenden Dienstposten von den Grenzpolizeistellen in Graz einsammeln können, das steht in diesem Papier und ist mit Handschlag vor dem Herrn Polizeidirektor, vor dem Herrn Sicherheitsdirektor, mit dem Herrn Bürgermeister vereinbart worden.

Zwischenruf Str. Mag. Dr. Riedler: Mit Handschlag?

Dr. **Piffl-Percevic**: Mit Papier und Handschlag, wollen wir ihn in Ketten legen und vorführen, bis die Polizisten alle da sind? Das ist nicht unsere Umgangsweise mit einem Herrn Bundesminister...

Zwischenruf GR. Eichberger: Wir werden es den Grazerinnen und Grazern sagen.

Dr. **Piffl-Percevic**: Du liest die Zeitung nicht, es ist bereits kommuniziert worden, aber einige von euch haben es scheinbar nicht gelesen. Insofern ist euere Antrag fast wortgleich, ich gebe Ihnen, Frau Kollegin, den Text, es sind insgesamt, ich möchte Sie nicht langweilen, zehn Punkte, zehn sehr wichtig Punkte, einer davon betrifft die Aufstockung der Bundespolizei. Er ist im Prinzip gleichlautend mit eurem Antrag und nur deswegen sehen wir es nicht als dringlich an, weil das voll im Gange und in Umsetzung ist. Ich ersuche daher, der Dringlichkeit auf Grund dieser Begründung die Zustimmung nicht zu geben. Inhaltlich sind wir völlig d'accord hier ist die Partnerschaft. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Benedik**: Lieber Herr Klubobmann Piffl-Percevic, wie sollen wir das jetzt der Grazer Bevölkerung erklären?

Zwischenruf GR. Herper: Im Wahlkampf.

GRin. **Benedik**: Die ÖVP hat Schwarz auf Weiß was, was sie ausgemacht hat und die Polizisten, wo sind die Exekutivbeamten; was auf dem Papier steht, muss ich

Ihnen ganz ehrlich sagen, interessiert keinen einzigen Grazer Bürger und keine Grazer Bürgerin (*Applaus FPÖ*). Was auf dem Papier steht. Wichtig ist diesen Leuten, dass Polizeikräfte nach Graz kommen und sie schützen können und ich muss sagen, Ihr Wort in Gottes Ohr, wir werden ja sehen, wann diese Polizisten kommen in fünf Jahren, in zehn Jahren oder in zwanzig Jahren, also wir brauchen mehr Polizisten und wir Freiheitlichen würden uns freuen, wenn schon zur Euro etwas geschehen würde (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.40 Uhr den Vorsitz.

8) Generelles Bettelverbot für das gesamte Grazer Stadtgebiet

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir jetzt sicherheitspolitisch schon etwas in Fahrt sind, möchte ich jetzt ein weiteres brennendes sicherheitspolitisches Thema hier ansprechen und in Form eines Dringlichkeitsantrages auch einbringen. Warum ich das so sage ist, weil wir heute auch initiativ waren wieder, einen Bürgerstand abgehalten haben und ich habe auch schon Rücksprache mit unseren Bürgerbetreuern und Parteifreunden gehalten, die die Bevölkerung diesbezüglich informiert haben und es ist wirklich ein

Anliegen der Grazer Bevölkerung dieses Bettlerverbot und deswegen werden wir Freiheitliche auch hier an dieser Stelle im Gemeinderat diesbezüglich wieder initiativ. Nimmt man die Beschwerden der Bevölkerung, insbesondere der Passanten in der Innenstadt und auch der Geschäftsleute, ernst, so bekommt man immer wieder ähnliche Szenarien zu hören: Bettlerbanden vor allem aus der Slowakei, aber auch aus Rumänien und Bulgarien veranlassen ihre Mitglieder dazu, sich an strategisch günstigen Plätzen wie in Fußgängerzonen, vor stark frequentierten Geschäftseingängen, vor Supermärkten oder vor Kircheneingängen niederzulassen und von mitleidigen Grazern Geld zu erbetteln.

Wahrgenommen wird die tägliche Bettelei mehrheitlich als provokant, anstößig, sowie als image- und geschäftsschädigend.

Als anstößig werden dabei gerade die „psychologischen Tricks“ empfunden, die darauf ausgerichtet sind, noch mehr Mitleid bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erzeugen.

Das Zur-Schau-Stellen von Verkrüppelungen oder Behinderungen eignet sich diesbezüglich besonders gut. Auch das Zu-Hilfe-Nehmen kleiner Kinder oder von Tieren soll mehr „Erträge“ einbringen.

Geholfen ist den Bettlern mit dem erhaltenen Geld nicht. Die Betteltouristen werden genötigt, ihre Einnahmen den Bandenchefs abzuliefern, die sich damit ein schönes Leben machen und die Gutherzigkeit der Grazerinnen und Grazer somit schamlos ausnutzen.

Schon in ihrem Antrag im September 2006 hat sich die ÖVP für den Schutz der nicht immer freiwillig bettelnden Kinder, Frauen und Männer ausgesprochen und damit ihren damaligen Vorstoß begründet.

Tatsache ist, solange das Betteln grundsätzlich erlaubt bleibt, wird sich der Missbrauch nicht verhindern lassen.

Trotz eines Verbotes des aggressiven Bettelns - sowie gemeinsam mit oder durch Kinder ausgeübter Bettelei - im Landessicherheitsgesetz sind vermehrt neue „illegale“ Bettelmethode beobachtbar:

So wurde erst kürzlich folgende Methode registriert: Kleinere Gruppen ausländischer Bettler gehen durch die Stadt und umzingeln Passanten, dabei halten dann meist die weiblichen Mitglieder der Gruppe einen Zettel vor und fordern unmissverständlich Geld. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch diese aufdringliche Form der Bettelei besonders belästigt.

Eine ähnliche Form aufdringlichen Bettelns wurde auch schon in öffentlichen Verkehrsmitteln beobachtet.

Noch im Wahlkampf hörte man seitens der ÖVP, die sich klar für ein generelles Bettelverbot eingesetzt hat, folgende Töne: „So lange das Betteln den Betroffenen mehr einbringt, als in ihrer Heimat zu arbeiten, so lange werden diese Menschen nicht zu betteln aufhören – da hilft nur ein Verbot.“

Es ist natürlich zwar begrüßenswert, wenn sich ÖVP und auch die Grünen in ihrem Koalitionsübereinkommen dafür einsetzen, Hilfe zur Selbsthilfe in den Heimatgebieten der ausländischen Bettler, insbesondere in Hostice, leisten zu wollen. Diese Maßnahmen sind jedoch eindeutig zu wenig.

Nur ein generelles Bettelverbot schützt diese Menschen vor Ausbeutung und ermöglicht es ihnen, wieder in ihrer Heimat Fuß zu fassen.

Als sinnvolle, ergänzende Maßnahme wurde unter anderem von der freiheitlichen Partei auch die Idee der „Bettelautomaten“, nämlich das sind künstlerisch gestaltete Säulen oder Skulpturen mit der Möglichkeit, Geld einzuwerfen, vorgeschlagen. Hier bestünde die Möglichkeit, sowohl der Spendenfreudigkeit der Grazer Bevölkerung entgegenzukommen als auch mit dem gesammelten Geld konkrete Hilfsprojekte zu unterstützen.

Wir Freiheitliche sehen es weiters als Aufgabe der Politik, der Polizei ein geeignetes Instrumentarium in die Hand zu geben, um gezielt und effektiv gegen das Betteln vorgehen zu können.

Die einzige Möglichkeit diesbezüglich ist eine Änderung beziehungsweise Novellierung des Landessicherheitsgesetzes, welches zwar beispielsweise das aggressive Betteln untersagt, nicht jedoch das generelle Betteln an einem öffentlichen Ort oder von Haus zu Haus.

Auch in Wien läuft zur Zeit eine ähnliche Debatte wie bei uns in Graz. So hat der Sicherheitssprecher der Wiener ÖVP, Wolfgang Ulm, Folgendes über das dortige Bettelproblem gesagt: „Die Polizei ist zwar täglich gegen die Ostbettelmafia im Einsatz, doch stellt sich das Landessicherheitsgesetz als immer unzureichenderes Instrument dar. Das Hütchenspiel konnte durch eine Verschärfung der landesgesetzlichen Bestimmungen weitgehend eingedämmt werden. Ausschlaggebend hierfür war die Einführung einer Primärarreststrafe und im Wiederholungsfall eines gerichtlichen Straftatbestandes.“ Ulm fordert hier auch eine analoge Regelung bei der Bettelei.

Ziel sollte es sein, diesen kriminellen Machenschaften, die in erster Linie durch die Bandenbosse ausgeübt werden, Einhalt zu gebieten.

Anzudenken wären als Begleitmaßnahmen auch verschärfte Kontrollen bei der Einreise und im Meldewesen.

Als FPÖ können wir uns in diesem Zusammenhang auch die Einführung eines eigenen Straftatbestandes im StGB vorstellen, wonach die „organisierte Bettelei“ mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden könnte. Hintergrund dabei sollte es sein, die mafiosen Strukturen aufzubrechen und die Handlanger, die auch nicht davor zurückschrecken, kleine Kinder auf die Straße zu schicken, mit der vollen Härte des Strafgesetzbuches zu konfrontieren.

Insgesamt stellt das generelle Bettelverbot im Stadtgebiet von Graz eine Verbesserung sowohl der Lebensbedingungen der betroffenen und vielfach missbrauchten Betteltouristen als auch für eine Mehrheit der Grazer Bevölkerung dar.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen, den Herrn Bürgermeister aufzufordern, gemeinsam mit Rechtsexperten eine Regelung zum generellen Verbot der Bettelei für das gesamte Grazer Stadtgebiet auszuarbeiten. Diese soll so bald als möglich dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

In weiterer Folge soll die Stadt Graz an den Landesgesetzgeber mit dem Ersuchen herantreten, das Landessicherheitsgesetz diesbezüglich zu novellieren. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wünscht jemand zur Dringlichkeit das Wort, das ist nicht der Fall.

GR. **Sippel**: Gut, nicht unbedingt überraschend, nachdem wir ja die Positionen schon letzte Gemeinderatssitzung der anderen Fraktionen vernommen haben. Es hätte ja

sein können, dass bei dem einen oder anderen ein Geistesblitz eintrifft, das ist nicht der Fall. Aber ich kann Ihnen garantieren, dieses Dejavu wird in der kommenden Amtsperiode des Gemeinderates noch das eine oder andere Mal auf Sie zukommen. Wir werden von diesem Thema nicht lockerlassen und vielleicht gehen Sie auch einmal aus Ihrem Elfenbeinturm heraus, reden Sie mit den Leuten, so wie wir das heute gemacht haben und dann werden Sie, Herr Klubobmann, dann werden Sie vielleicht wirklich Ihre Meinung ändern beziehungsweise Sie müssen Ihre Meinung ja gar nicht ändern, sondern einfach nur das umsetzen, was Sie im Wahlkampf versprochen haben. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Dringende verkehrsberuhigende Maßnahmen am Lindweg

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat und da möge vielleicht noch einer einmal sagen, und ich kann mich an die Worte des Herrn Klubobmann Herper sehr genau erinnern von der letzten Gemeinderatssitzung, das BZÖ blockiert Gemeinderatssitzungen mit einer Überzahl an dringlichen Anträgen. Das BZÖ hat heute dringliche Anträge in der Minderheit und zwar nur zwei Stück hier eingebracht...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Ihr seid auch nur zwei Mandatäre.

GR. **Grosz:** ...und ich glaube, dass beide dringlichen Anträge auch wichtig und notwendig sind, wie sie auch die dringlichen Anträge auch anderer Fraktionen waren, wie zum Beispiel der KPÖ, aber auch der Sozialdemokratie, das was ich am vorigen dringlichen Antrag nicht verstanden habe, und deswegen hat sich auch niemand zu Wort gemeldet ist, dass wir einen ähnlichen Antrag gerade vor einem Monat punktgenau hier lang und breit diskutiert haben. Das heißt, dringliche Anträge sollten nicht dem Kopiermaschinenwahn verfallen, um es in der nächsten Sitzung immer wieder einzubringen, sondern sie sollen schon Hand und Fuß haben. Hier geht es nicht um ein Copyright, sondern hier geht es darum, die Gesetzmäßigkeit auch des Gemeinderates ordnungsgemäß auszunutzen.

Ich darf zu meinem dringlichen Antrag betreffend dringende verkehrsberuhigende Maßnahmen am Lindweg kommen. Ich glaube, dass dieser dringliche Antrag sehr sinnvoll ist, weil diese Thematik auch die letzten Jahre diesen Gemeinderat oftmals beschäftigt hat. Die Gemeinderatsfraktion der KPÖ hat mehrere Initiativen zu diesem Thema ergriffen, mehrere Anträge, normale Anträge gemäß § 17 der Geschäftsordnung, aber auch Anfragen eingebracht in der Hoffnung, dass hier etwas fruchtet. Mit zwar starken Instrumenten, aber nicht mit dem stärksten Instrument, mit dem Dringlichen hier versucht, auf Einsicht des damalig zuständigen Verkehrsreferenten Rüschi zu stoßen. Auch die Grünen, und dafür bedanke ich mich, haben sich wortident hier in verschiedensten Initiativen der Sache der Bewohnerinnen und Bewohner am Lindweg angenommen, aber auch Sozialdemokraten. Das war leider Gottes in der vorhergegangenen Periode nicht möglich, die Problematik zu erläutern und ich darf kurz den Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die diese Problematik aus der vorherigen Gemeinderatsperiode, Herr Stadtrat Riedler, und nicht Legislativperiode, kennen, kurz erläutern. Es geht darum, dass der Lindweg eine Wohngegend, eine beliebte Wohngegend in Graz ist, in der Nähe der Wirtschaftskammer, dem Stadtpark und der Universität, der Lindweg wird im Internet angepriesen als beschauliche, freundliche Wohngegend, wo sich Familien, wo sich Kinder, wo sich Menschen wohlfühlen. Die Realität sieht natürlich zum Teil ein wenig anders aus. Hier geht es nicht darum, den Teufel an die Wand zu malen, sondern hier geht es darum, durchaus die Probleme der Bewohnerinnen und Bewohner an geeigneter Stelle und zwar hier und heute mit dem Mittel des dringlichen Antrages zu thematisieren.

Der Lindweg wird seit Jahren von Autofahrerinnen und Autofahrern als Schleichweg genutzt, weil sie sich dadurch lange Wartezeiten an Straßenkreuzungen ersparen.

Seit der Fertigstellung der Nordspange hat sich die Situation insofern verschlechtert, dass sich ein noch höheres, zu dem eh schon nicht mehr ertragbaren, ein noch höheres Verkehrsaufkommen gerade am Lindweg nunmehr entwickelt hat. Zudem ist festzustellen, dass der Lindweg, eine Wohnstraße im Übrigen, mittlerweile von Bussen, Lkws etc. genutzt wird.

Zudem ist auch noch festzuhalten, dass sich viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Autofahrerinnen und Autofahrer, Teilnehmer am Straßenverkehr sich nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h dort halten. Sie mögen vielleicht jetzt im einen oder anderem Fall denken, was hat das jetzt die Problematik einer Siedlung, einer einzelnen Straße mit einem dringlichen Antrag zu tun, ist das nicht eine Entwertung? Ich sage nein, weil sich in der vorigen Gemeinderatsperiode viele Fraktionen dieses Gemeinderates ehrlich und mühsam mit der Problematik beschäftigt haben und gehofft haben, dass es zu einer Lösung kommt und die normalen Wege eingeschlagen haben, die geschäftsordnungstechnisch da waren und es hat zu keiner Lösung geführt und die Menschen leiden dort seit drei, vier, fünf Jahren und es wird nicht besser.

Der Zustand ist ja nicht nur eine Schlechterstellung des Wohnstandortes, nein, es ist auch eine latente Gefahrenquelle auch für Kinder, die dort leben. Und jedes Mal, wenn eine Gemeinderatsfraktion hier einen Antrag gestellt hat, war die einzige Reaktion des damals zuständigen Verkehrsstadtrates, dass er im Rahmen seines Behördenzirkusses die dortigen Anrainervertreter sprichwörtlich von Pontius zu Pilatus geschickt hat, aber keinerlei Verbesserung für die Menschen dort zustande gekommen ist. So wurde neben Stadtrat Rüschi auch Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder involviert, eine ganze Reihe von Experten, auch unseres Magistrates etc. Schlussendlich ist aber keine Lösung herausgekommen und das Problem wurde ein weiteres Mal auf die lange Bank geschoben. Sinnigerweise haben die Anrainer natürlich die Gunst der Stunde der Gemeinderatswahl beziehungsweise des Gemeinderatswahlkampfes genutzt und selbstverständlich beim damals zuständigen Referenten versucht, jetzt im Vorwahlkampf, wo ja die sogenannten Wahlzuckerl verteilt werden, eine Lösung herbeizuführen. Und selbstverständlich war dann plötzlich eine geänderte atmosphärische Situation, vieles besser, manches gut und ich weiß nicht, was auf den Plakaten gestanden ist, dass Verkehrsstadtrat Rüschi sehr wohl eine Lösung zugesagt hat und zwar eine Einzellösung und zwar eine Lösung für alle, die dort seit Jahren betroffen sind. Und ich sage, es ist genug der Worte gewechselt, es ist genug der Schriftstücke hier in den Gemeinderat

eingebraucht worden, wir müssen und wir haben auch den Auftrag, hier Nägel mit Köpfen zu machen, damit auch die Politik hier endlich den Menschen einen friedlichen Wohnraum wieder schafft und daher bitte ich die Fraktionen des Gemeinderates, auch die Dringlichkeit anzuerkennen, die Dringlichkeit nach den Jahren des Wartens der Anrainerinnen und Anrainer, ich gelobe, sicherlich nicht die Geschäftsordnung in Zukunft auszunutzen und das jetzt bei jeder Straße zu machen, sei versprochen, hochheilig, ich werde jetzt nicht allen Straßenzügen von Graz einen Dringlichen widmen, wo es ein Problem gibt, sondern es gibt durchaus einen Stufenplan, wo man mit verschiedensten Maßnahmen und Initiativen selbstverständlich versucht, Lösungen herbeizuführen im Falle eines politischen Mediationsverfahrens, möchte ich fast sagen, aber das ist die letzten Jahre gescheitert, obwohl es aufrechte Bemühungen von Fraktionen gegeben hat. Und wir haben jetzt geänderte Verhältnisse, wir haben eine Vizebürgermeisterin, die sehr viel Verständnis auch für die Anliegen hatte und auch, und so hoffe ich, das Amt sie nicht verändert hat oder die Koalition sie nicht gewandelt hat wie in anderen Bereichen, auch in Zukunft haben wird.

Die damalige Gemeinderätin Rücker, nunmehrige, und in dem Fall sage ich sogar, Gott sei Dank, Verkehrsstadträtin kannte als Klubobfrau das Problem und daher hoffe ich mir auch, dass die Verkehrsreferentin, die nunmehrige, und Vizebürgermeisterin gemeinsam mit Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, eine gute Lösung und zwar eine endgültig gute, zufriedenstellende Lösung beschließt.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Verkehrsreferentin Frau Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker wird vom Gemeinderat aufgefordert, verkehrsberuhigende Maßnahmen am Lindweg, insbesondere die Möglichkeit einer Einbahnregelung zwischen der Körblergasse in Richtung Bergmannsgasse prüfen zu lassen und entsprechend zu verordnen. Ich bitte um Ihre Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Nachdem ich mit diesem dringlichen Antrag auch direkt angesprochen bin. Wir kennen die Problematik am Lindweg und haben auch ein Interesse daran, dass es genauso wie in anderen sehr vom Verkehr belasteten Situationen und Wohngebieten zu einer Verkehrsberuhigung kommt. Im letzten Jahr wurden umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt am Lindweg, es wurde auch ein Gehsteig errichtet in diesem Zusammenhang. Die Attraktivität, dort, hat dadurch etwas schon abgenommen, weil es eine Verschmälerung der Fahrbreite gegeben hat. Zusätzlich werden am Lindweg schon seit einiger Zeit schwerpunktmäßig und in sehr häufigen oder in sehr kurzen Abständen so ungefähr dreimal im Monat Tempokontrollen durchgeführt, auch das wird weiter beibehalten werden. Was die Einbahnregelung angeht, so werden wir uns diese Möglichkeit in nächster Zeit ansehen. Ich habe auch schon dazu Rücksprache gehalten, es wird sehr schnell geschehen. Schwierig ist aber bei jeder Einbahnregelung, dass der Verkehr dann automatisch in die Nebenstraßen durchsickert und wir müssen das eben im Gesamten betrachten, dass sich die Auswirkungen dann nicht auf die Nebenstraßen verschärfen. Dafür braucht es aber eben ein klares Konzept und deswegen gilt es, die gesamten Region dort zu betrachten. Als parallele Straßenzüge haben wir in unmittelbarer Nähe die Richard-Wagner-Gasse und die Kreuzgasse, die das Sanatorium der Kreuzschwestern in ihrer Mitte haben. Es hat sicher niemand ein Interesse daran, dass der bestehende Gegenverkehr, den wir dann im Lindweg vielleicht nicht mehr haben, sich dann rund um das Sanatorium konzentriert. Wir werden aber diese Sache ernsthaft anschauen und die Einbahnregelung genau prüfen. Wenn es für den Bezirk, für den gesamten Bezirk eine vernünftige Lösung ist, werden wir sie auch umsetzen. Die Dringlichkeit lehnen wir deshalb ab, weil eben erste Maßnahmen schon ergriffen wurden und die Prüfung auch schon veranlasst wird. Verkehrslösungen sind eben gesamtheitlich zu sehen und wir können jetzt nicht im Stückwerk einzelne Straßenzüge ad hoc umsetzen, sondern wollen es eben gebietsweise anschauen und es wird dort passieren so wie in anderen Gegenden auch, wozu es schon konkrete erste Schritte gibt.

GR. **Herper**: Also ich kann dir, Gerald Grosz, über weite Strecken folgen, vor allem über diese leidige Geschichte, dass da Fraktionen der KPÖ, der Grünen, der SPÖ

und andere, glaube ich auch, in letzter Zeit sich im Interesse der dortigen Bevölkerung, schließlich ist das reines Wohngebiet mit vielen Familien und Kindern, in die Schanze geworfen haben und nichts passiert ist. Ich habe da vor mir noch vom ehemaligen Gemeinderat Günter Getzinger vor Jahresfrist auch einen entsprechenden Antrag, ohne Folgen. Das ist eine leidige Geschichte, aus der vergangenen Funktionsperiode, der zuständige Verkehrsreferent hat es unterlassen, hat nicht gehandelt, hat nichts getan. Insofern kann ich dir in der inhaltlichen Begründung durchaus folgen, jetzt habe ich der Vizebürgermeisterin unter dem Motto, gebt Lisa Rücker eine Chance, nachdem ich gemerkt habe, dass sie sich sehr vertieft hat und sich das offensichtlich als Herzensangelegenheit vorgenommen hat, gebietsweise eine Lösung vorzulegen, sind wir der Ansicht, das ist in der Sache eine richtige Sache, aber heute keine dringliche und deswegen geben wir dir eine Chance, uns vorzulegen ein Konzept und eine Entwicklung, wo andere versagt haben, dass wir demnächst eine Möglichkeit bekommen und deswegen werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Erwarten aber von dir, liebe Verkehrsreferentin einen entsprechenden Vorschlag demnächst. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz:** Die Worte höre ich wohl, allein mir möge vielleicht der Glaube fehlen. Ich versuche es einmal vorsichtig zu formulieren. Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben jetzt in einer sehr schnellen Exkursion den Unterschied zwischen Opposition und Regierung erkannt. Gerade wenn es um die Thematik des Lindweges gegangen ist. Aber lassen wir das, weil es zu wichtig ist. Wir haben den dringlichen Antrag eingebracht und ich bin wirklich der Meinung, dass die Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Ich lasse mich aber durchaus von den Worten vom Klubobmann Herper überzeugen, aber auch von Ihren Worten überzeugen, dass Sie sich ernsthaft dieses Themas annehmen werden und dass Sie eine der vielen Baustellen des Herrn Rüschi beseitigen, der ja die Fleisch gewordene politische Baustelle war in diesem Ressort. Da verstehe ich schon, dass Sie jetzt sehr viel aufzuarbeiten haben, sehr viel Altlasten würde man sagen und daher, wir bleiben natürlich bei der Dringlichkeit, wir würden uns wünschen, wenn alle anderen mitgehen, wir werden uns aber erlauben, uns in den Kreis jener einzureihen, die Ihnen die Chance geben, Frau Vizebürgermeisterin, und sind in freudiger Erwartung, dass hier demnächst eine Lösung in den hohen Gemeinderat hineinflattert. Ich danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Bedeutet das jetzt, dass der Antrag zurückgezogen wird? Nicht, gut. Ein Verkehrsreferent zeichnet sich in erster Linie dadurch aus, dass er viele Baustellen abwickelt und jetzt möchte ich ganz gerne zur Abstimmung kommen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Änderung der Beförderungsrichtlinien der Grazer Verkehrsbetriebe in Bezug auf ein „Handy-Verbot/Gebot“

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir haben ja heute schon ausführlich über das Thema gesprochen, deswegen glaube ich nicht, dass es gescheit ist, hier die gesamte Thematik in allen ihren Facetten noch einmal zu beleuchten und alle Argumente auf's Tablett zu legen, aber eines sei mir schon gestattet: Wie so oft angeklungen ist, auch die letzten Wochen und Monate und auch heute vom Kollegen Korschelt, dass ich in Deutschlandsberg aufgewachsen bin, darf ich Ihnen jetzt kurz eine kleine Exkursion geben. Ich war sogar im Deutschlandsberger Gemeinderat, aber wissen Sie, was den Deutschlandsberger Gemeinderat von dem Grazer Gemeinderat unterscheidet, dass dort durchaus, wenn Initiativen auch von der kleinsten Fraktion gekommen sind und wenn sie gescheit waren, von einer Zwei-Drittel-Mehrheitsfraktion, die der Sozialdemokratie angenommen worden sind und gemeinsam beschlossen worden sind, wenn es im Sinne und im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger der kleinen 8.000- Einwohner-Gemeinde Deutschlandsberg war. Das ist in diesem Gemeinderat offensichtlich nicht so. Hier herrscht die intrigante Parteienhackordnung, hier

herrschen die Maulwurfsgräben, hier herrschen die Schützengräben, die parteipolitischen, wo man gegenseitig wartet, was der andere macht. Eigentlich einer ganz anderen Meinung ist, aber nur, weil es vom Kleinsten oder von einem ideologisch weit Entfernteren kommt, einfach nicht zustimmt und das ist genau auch, und da noch einmal an Sie, sehr geehrte Damen und Herren der Grünen, das ist ja eigentlich auch der Grund der Grünen, Sie sind gegen das Handyverbot, Sie haben es ausgedrückt, Sie haben heute sich eine halbarme Was-wäre-wenn-Bescheinigung vom Bürgermeister geholt, obwohl Sie eigentlich im tiefsten Inneren Ihres Herzens auch der Ansicht sind, dass man gesellschaftliche Erziehung nicht mit Verboten entgegen kann, weil Sie auch für eine aufgeklärte Gesellschaft stehen und nicht für ein Gesellschaftsmodell, das wir auch in anderen dringlichen Anträgen heute merken konnten. Ein Gesellschaftsmodell der Österreichischen Volkspartei, wie es sich offensichtlich die letzten 90 Jahre nicht geändert hat. Ich darf Ihnen etwas vorlesen und zwar kommt das jetzt nicht von einem jungen Menschen mit 25, der sieben Handys besitzt und 300 Klingeltöne, sondern es kommt von einer 76-Jährigen, glaube ich, ich kann es ja nicht nachweisen, ich habe es auch nicht nachgeprüft, von einer 76-jährigen Grazerin, die mir, und ich kann es dann gerne zeigen, schreibt: „Sehr geehrter Herr Gemeinderat Grosz, zum Artikel der Kleinen Zeitung am 19. April möchte mich an Ihrer Meinung anschließen. Meine Tochter hat mich in der Straßenbahn angerufen, ich soll meine Enkelin in der Schule abholen und mit ihr ins UKH fahren. Sie ist gestürzt und hat arge Schmerzen. Meine Tochter war beruflich unterwegs. Beim Nachhausegehen, da sie gehfähig war, mussten wir Schulleitung und Mutter verständigen in der Straßenbahn. Hätten wir nicht einsteigen dürfen, hätte sie mit dem Autobus erst eine Stunde später die Heimfahrt antreten können und das bei starken Schmerzen. Musste dann noch lernen für nächsten Tag, Prüfung. Es kann ein Notfall eintreten, wo der Angehörige rasch erreichbar sein muss. Bei jeder öffentlichen Stelle muss man Handynummern angeben oder Festnetz angeben, auch im UKH. Handy kann Leben retten, nicht jeder ältere Bürger der Stadt kennt sich mit SMS aus. Außer Einschalten und Aus. Habe auch Bürgermeister Nagl einen Brief geschrieben, auch für Jugendliche ist oft gut, wenn man eine Kontrolle hat. Man kann doch bitte die Zeit nicht ins 19. Jahrhundert zurückdrehen und das nicht mehr anwenden. Vielleicht könnten Sie, Herr Grosz, etwas beeinflussen, wie mit dieser Methode, einfach drüberfahren, kann man als gebürtige Grazerin nicht mehr hinhalten. Verbleibe mit bestem Gruß.“

Entschuldigen Sie, ich habe es jetzt so verlesen, aber man erkennt es auch an der durchaus zittrigen Schrift, dass die Dame ein wenig ...

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

GR. **Grosz:** Schon wieder die Frau Gesek, Sie sollten einmal Brom nehmen oder irgendsoetwas oder eine Großschachtel Valium, dann geht es vielleicht leichter. Es könnte auch die Frau Gesek geschrieben haben, also die Schrift lässt auf gewisse Haltungen...lassen wir das. Es geht darum, dass das eine Grazerin geschrieben hat, von der man annimmt, dass sie nicht 25 ist, nicht 18 ist, sondern eine Grazerin, wie viele Grazer sich auch darüber aufregt, dass hier das gesellschaftliche Miteinander offensichtlich mit Verboten geregelt wird. Ich habe heute schon mehrere Beispiele für soziale und persönliche Bewertungen von Geräuschen, denn meine Meinung hat sich nach wie vor nicht geändert, ich halte dieses Handy-Verbot angesichts größerer Probleme, die wir in Graz haben, angesichts größerer Probleme im Verkehr, angesichts größerer Probleme mit Lärm, angesichts größerer Probleme im sozialen Gefüge unsere Stadt, angesichts größerer Probleme mit ethnischen Auseinandersetzungen in den öffentlichen Betrieben, daher halte ich die Antwort eines Handy-Verbots auf wahrlich große Probleme für eine vollkommen falsche Politik und für das vollkommen falsche Signal. Und ich durfte ja heute, und das darf ich kurz noch korrigieren, wie so oft Gelächter einfahren, weil ich gemeint habe, die Klimaanlage in den Straßenbahnen hätten eine höhere Lautstärke erzeugt als die Handys und mir wurde glaublich versichert, dass es in den Grazer Straßenbahnen keine Klimaanlage gibt. Abgesehen davon, dass ich das wirklich als Schade empfinde, dass die Grazer Straßenbahnen, dass die Grazer Verkehrsbetriebe nicht in der Lage sind, ordentlich klimatisierte Waggons zur Verfügung zu stellen und wir offensichtlich mit den gleichen Garnituren in der Gegend unterwegs sind wie in Sarajewo 1916, möglicherweise. Aber ich möchte Ihnen eines sagen, wissen Sie, ich habe geglaubt, es ist die Klimaanlage, nein, ich habe mich jetzt erkundigt, es ist der sogenannte Stellungslüfter, Herr Bürgermeister,...

Zwischenruf GRin. Binder: Hätten Sie mich gefragt...

GR. **Grosz:** Hätte ich Sie gefragt, Frau Klubobfrau, ich werde sie in Zukunft öfter fragen, dann dürfen Sie sich aber nicht beschweren, dass ich ständig an Ihrem Handy hänge. Aber wie gesagt, um es zu korrigieren und wenn ich das letzte Mal Straßenbahn gefahren bin, war sogar auch medienöffentlich und das war zum Beispiel mit dem BBC-Team, wo wir gemeinsam eine Dreiviertel-Stunde...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Schauen Sie, Frau Klubobfrau, im Gegensatz kann ich mich als Generalsekretär einer Bundespartei über Fernsehauftritte nicht beschweren. Deswegen auch im öffentlich rechtlichen Rundfunk von den Nachrichtensendungen der gängigen Zeit im Bild 1, Zeit im Bild 2, Zeit im Bild 3. Aber nur, weil ein Bürgermeister...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Da sieht man, dass der Kollege Gemeinderat schon seit zirka 15 Jahren nicht mehr Fernsehen geschaut hat, weil die Mini-ZiB gibt es seit 15 Jahren nicht mehr. Bei dem Programm, dass dieser Direktor Lorenz anbietet, ist ein Versager, auch kein Wunder, verstehe ich auch irgendwie. Aber jetzt sage ich Ihnen etwas anderes, ich führe kein Handy-Verbot nur deswegen ein, damit ein Bürgermeister sich einmal in seiner Karriere einen Live-Einstieg bei der Zeit im Bild 2 ermöglicht.

Und vielleicht ein kleines BBC-Interview in der Vorarlberger Spatzenpost und den Eisenstädter Froschnachrichten, das kann es nicht sein, das sage ich ganz ehrlich. Nein, ärgern tut es mich nicht, weil, lieber Bürgermeister, noch einmal, ich garantiere dir, meine Auftrittsmöglichkeiten in den Medien sind durchaus auch hin und wieder breitgefächerterweise auch zu meinem Aufgabenbereich gehört, weil ich Medienkoordinator einer Partei bin.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Stimmt eigentlich, es ist ein Bündnis mit den Menschen. Ich darf daher noch einmal bevor wir zur Abstimmung kommen, Sie wirklich ersuchen, diesem Spuk ein Ende zu bereiten mit dem Handy-Verbot, das in die Vergangenheit zurückschicken, dort wo es hergekommen ist, nicht jeder kuriosen Idee des Bürgermeisters folgen, was mich zwar bei dieser kuriosen Idee sowieso irgendwie immer beschäftigt hat, wie konnte der Bürgermeister dies verordnen, zumal er nicht ressortzuständig ist? Also wie das funktioniert hat, ist mir bis heute rätselhaft. Also er ist der Super-Siegi quasi, er hat mit energetischen Kräften in den Händen und mit Handauflegen bei Vorstandsdirektor Malik ist ihm das offensichtlich gelungen, ist weder der Beteiligungsreferent, möglicherweise auch mit dem Handy, er ist weder der Beteiligungsreferent, er ist nicht der zuständige Stadtrat, er sitzt Gott sei Dank noch nicht in den Stadtwerken, weil ich der Meinung bin, dass Politiker in Aufsichtsräten nichts verloren haben, aber ich frage mich, wie er das geschafft hat. Ich werde es jetzt auch einmal probieren, ich werde auch ein Briefel an den Herrn Malik schreiben als Gemeinderat der Stadt Graz, vielleicht funktioniert das dann auch so schnell, wie das dort gelungen ist, innerhalb von wenigen Tagen.

In diesem Zusammenhang, um die Beschlussformel nicht zu vergessen, wie heute ein schon ein wenig patscherter Gemeinderat einer anderen Fraktion, stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Nach dem unzulässigen Alleingang von Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird der zuständige Beteiligungsreferent der Stadt Graz Stadtrat Univ. Doz. Dr. Gerhard Rüschi aufgefordert, bei den Vorständen der Grazer Stadtwerke AG vorstellig zu werden, um die seit 17. April 2008 gültigen Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen der Grazer Stadtwerke AG – Verkehrsbetriebe – auch unter Einbeziehung der Vertreter der Stadt Graz in die derzeitige Stadtwerke Graz AG beziehungsweise möglicher Rechtsnachfolger – umgehend ändern zu lassen.

Die am 17.4.2008 in Kraft getretenen Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen der Grazer Stadtwerke AG – Verkehrsbetriebe werden wie folgt geändert:

Die Bestimmung im III. Teil, Punkt 3, Absatz g, lautet in Zukunft: „In den Fahrzeugen ist das Lärmen und Musizieren – auch mit elektronischen Geräten – verboten.“

Die Passage „Mit Rücksicht auf andere Fahrgäste besteht in den Fahrzeugen das Gebot, mit Mobiltelefonen das Telefonieren zu unterlassen und nur die zusätzlichen Funktionen des Handys (SMS, Internet; Kalender, Spiele, etc.) im Lautlos-Modus zu nutzen „wird ersatzlos gestrichen. Ich bitte um Ihre Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich habe eine Bitte, Wörter wie patschert, Versager oder auch abwertende Äußerungen in Richtung Gemeinderätinnen, die etwas älter sind als Sie, bitte ich Sie zu unterlassen. Es ist einfach so,...

GR. **Grosz**: In dem Fall war der Kollege Sippel gemeint, ist fast gleich alt wie ich. Nur die Frau Kollegin Gesek betreibt politisches Stalking, das möchte ich jetzt auch einmal bei der Gelegenheit sagen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat ich entziehe Ihnen gleich das Wort, jetzt kriegen Sie einen Ordnungsruf. Es ist mir einmal wirklich wichtig, hier festzuhalten, dass dieser Raum und dieser Gemeinderat nicht in eine Richtung abgleiten soll, die, glaube ich, sich viele hier herinnen nicht wünschen. Humorvolle Zwischeneinlagen sind durchaus in Ordnung, aber es gibt eine solche Anzahl von Äußerungen in Ihrem oder deinem Wortschwall, dass ich dich einfach ersuchen möchte, dich da ein bisschen zu zügeln, wir sind hier herinnen das oberste Organ und das oberste Gremium der Stadt und wir sollten unsere Sprache möglichst auch wieder so wählen und so anpassen, dass Menschen, die hier zuhören, Menschen die hier auch unsere Protokolle lesen, den Eindruck haben, dass wir unsere Arbeit auch ernst nehmen, das kann durchaus Auseinandersetzungen geben, aber es fällt einfach in einer Tour ein Wort nach dem anderen und ich sehe es nicht ein, dass ich als Bürgermeister dauernd unterbrechen soll und einen Ordnungsruf loslegen soll. Also meine Bitte ist, wirklich einmal ernsthaft darüber nachzudenken, wie man was vorbringt. Da waren jetzt einige Dinge wieder dabei, die ich dir aufgezählt habe, bitte beherzige das (*Applaus ÖVP*).

Gr. **Grosz**: Diese mahnenden Wort hätte ich mir erwartet, wie ich heute als Huscher titulierte worden bin, es war überhaupt kein Problem. Gemeinderat Grosz kann als Huscher, als Trottel titulierte werden ist, vogelfrei, aber wenn ein Gemeinderat Grosz...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, in der Geschäftsordnung zum Gemeinderat ist auch vorgesehen, dass der Bürgermeister das Wort erteilt und dann meldet man sich wieder zu Wort und nicht immer gleich in einen Dialog und in eine Wechselrede überzugehen.

GR. **Baumann** zur Dringlichkeit: Ausgangspunkt dieser Diskussion über das Handy-Verbot heute hier war ja meine Anfrage an den Bürgermeister. Seine Antwort, nämlich als Bürgermeister sich einzusetzen, dass die Beförderungsbedingungen dahingehend präzisiert werden, dass das Telefonieren nicht zu einem Ausschluss von der Beförderung oder sonstiger Sanktionen führt, hat mir gereicht, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Die ganze Diskussion, die wir heute geführt haben zu dem Thema, erscheint mir so, dass eigentlich das ein aufgeblasener Pöganz ist um das Thema, das meine Erachtens der Wichtigkeit, wenn man sich wirklich darum bemüht, eine Verbesserung in einem öffentlichen Verkehrsmittel herzustellen, nicht gerecht wird. Mir ist ein Kind, das am Hauptplatz einsteigt und seine Mutter anruft, weil es in Mariatrost aussteigen möchte und dort bei der Endhaltestelle abgeholt werden möchte, kein Dorn im Auge, weil es nicht in Mariatrost, wenn es dort aussteigt, erst anrufen möchte und dann zehn Minuten, Viertel-Stunde, zwanzig Minuten warten möchte. Wenn man das vergleicht zu anderen, sage ich einmal, Verkehrsteilnehmern, so hoffen wir alle, die auch ein Ticket gelöst haben und entsprechend auch entwertet haben und vielleicht in etwas verstärktem alkoholisierten Zustand einsteigen, Gott sei Dank fahren sie nicht mit ihrem eigenen Auto, und dann durch diverse Gerüche und Ausdünstungen auf ihren Platz setzen und man muss zwei, drei Reihen weiter hinten sozusagen sich hinsetzen, weil es einfach unangenehm ist, so ist mir das hundert Mal schlimmer als irgendjemand der halbwegs vernünftig normal, idealerweise auch vielleicht etwas Gescheites, ins Handy sagt, vielleicht berichtet von irgendeiner Ausstellung oder Vernissage, die er am Vortag besichtigt hat, dass man da noch was dazulernt oder auch mithört, wenn es sich nicht vermeiden lässt. Ich möchte aber auch auf etwas eingehen, weil ich gerade bei den Rednern der grünen Fraktion heute ein bisschen gemerkt habe, dass zu diesem Thema Freiheit ein bisschen ein Unverständnis ist. Als Freiheitliche gehen wir nie von einem absoluten Freiheitsbegriff aus, sondern gehen ganz eindeutig nach einer Definition auch vom Konrad Lorenz, unserem Nobelpreisträger als Verhaltensforscher, von der gebundenen Freiheit aus. Das heißt, Freiheit in Verantwortung, das geht in die Richtung, die unser Bürgermeister heute gesagt hat, dass wenn man in ein öffentliches Verkehrsmittel einsteigt, einmal grundsätzlich

davon ausgeht, dass man nicht alleine da drinnen ist, dass dort auch andere sind, dass man sich entsprechend auch gebühlich verhält in der Straßenbahn, sich der Situation dort anpasst und ein bisschen auch reflektiert, hoppla, bin ich vielleicht jetzt allein im hinteren Teil, dann kann ich mich vielleicht auch etwas lauter verhalten oder sind andere Leute, die auch ein gewisses Ruhebedürfnis haben. Einfach die Sensoren ausstrecken und überlegen, ist das gescheit, wie muss ich mich verhalten, ohne dass jemand sofort auf einen Zukommen muss, bitte halte dich zurück, sei leise, setze dich oder mach dieses oder mach jenes. Das heißt aber auch, und das ist die Quintessenz, glaube ich auch, dass man sagt, Freiheit ist unser oberstes Gebot, das ist wichtig, aber soviel Freiheit, wie möglich und soviel Reglementierung, wie notwendig und da bin ich schon beim Ende. Dieser Weg der Reglementierung der hier gegangen wird, geht mir eindeutig zu weit und deswegen unterstützen wir den Dringlichkeitsantrag. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.